

Reinhild Kreis

Bündnis ohne Nachwuchs?

Die »Nachfolgeneration« und die deutsch-amerikanischen Beziehungen in den 1980er Jahren

»Das kann uns eines Tages die Freiheit kosten«, diagnostizierte 1988 der Politologe und Zeithistoriker Arnulf Baring.

»Wir beobachten die beginnende Absatzbewegung von Europa, die jenseits des Atlantik[s] im Gange ist, nicht genau genug, bedenken nicht hinreichend sorgfältig deren Folgen für uns. Stattdessen sind wir selbst darauf aus, mehr und mehr die Distanz zu den Amerikanern zu betonen. In unserer neuen, träumerischen Risikofreude sind wir dabei, uns in kleinen Schritten, fast unmerklich, von den Vereinigten Staaten zu entfernen.«¹

Dies könne, so befürchtete Baring, »kein gutes Ende nehmen«.²

Mit dieser kritischen Diagnose und Warnung stand Baring nicht allein. Seit den späten 1970er Jahren warnten Politiker, Wissenschaftler und Medienvertreter vor einer wachsenden Entfremdung zwischen den USA und der Bundesrepublik, vor zunehmender Gleichgültigkeit und einer drohenden Distanzierung. Auch in den USA zeigten sich ranghohe Vertreter aus Politik und Öffentlichkeit besorgt über den Stand der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Dabei ging es weniger um das Verhältnis der Regierungspolitiker zueinander, sondern um die gesellschaftliche Ebene in beiden Staaten. Das Interesse am jeweils anderen Land, so lauteten die Klagen, werde in der Bevölkerung immer geringer – und somit auch das Wissen über- und das Verständnis füreinander. Die deutsch-amerikanischen Beziehungen waren dabei nur ein Teil eines Problems, das im Grunde genommen das Verhältnis zwischen den USA und ganz Westeuropa betraf. Lagen Annahmen über die Ursachen der diagnostizierten Entfremdung und Ideen zur Lösung des Problems auch teilweise auseinander, so herrschte doch beiderseits des Atlantiks Einigkeit, dass eine solche Entwicklung gefährlich für das westliche Bündnis und daher zu verhindern sei.

Besondere Brisanz gewann diese Wahrnehmung angesichts des sich verschärfenden Kalten Kriegs seit Ende 1979, wie er sich vor allem durch den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, die Krise in Polen sowie im Zuge des NATO-Doppelbeschlusses und der Nachrüstungsdebatte manifestierte. Alle diese Themen führten zu mitunter heftigen Kontroversen innerhalb des westlichen Bündnisses um den richtigen Kurs. Wie Westeuropa und die Bundesrepublik sich hier positionierten, welche außen- und sicherheitspolitischen Konzepte ihre Regierungen und ihre Bevölkerungen vertraten, rückte angesichts dieser Konflikte stärker in die Aufmerksamkeit der amerikanischen Beobachter in Politik und Medien. Umgekehrt fragten sich die Bundesbürger wie auch die Bevölkerung anderer westeuropäischer Staaten misstrauisch, inwiefern die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik der Regierungen Carter und Reagan tatsächlich in ihrem Interesse sei.³ Die Bundesrepublik nahm dabei eine besondere Stellung ein: Sie war die engste Verbündete der USA in Europa, in höchstem Maße vom Schutz der USA abhängig und aufgrund der

1 Arnulf Baring, *Unser neuer Größenwahn. Deutschland zwischen Ost und West*, Stuttgart 1989, S. 247. Zitate wurden an die neue Rechtschreibung angeglichen.

2 Ebd., S. 112.

3 Peter Hermes, *Is the Alliance Drifting Apart?* Rede an der Yale University vom 1. Dezember 1981, abgedr. in: German Information Center (Hrsg.), *Statements and Speeches*, Bd. IV, Nr. 21, New York [1981].

deutschen Teilung in besonderem Maße an der Entspannungspolitik interessiert. Insbesondere die Nachrüstungsdebatte schlug hohe Wellen: In der Bundesrepublik sollte ein Großteil der Raketen stationiert werden, und hier gingen Hunderttausende auf die Straßen, um gegen die Nachrüstung zu protestieren. Die Friedensbewegung erhielt größeren Zulauf als jede andere Protestbewegung der ›alten‹ Bundesrepublik.

Die Amerikakritik verschiedener Protestbewegungen der 1980er Jahre, Antiamerikanismus-Vorwürfe und die »Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen« in der Amtszeit Jimmy Carters sind zeitgenössisch und in historischer Perspektive intensiv diskutiert worden.⁴ Doch diese Krisenerzählung hat auch ein bisher nicht untersuchtes Gegenstück: gemeinsame Aktivitäten zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik beziehungsweise Westeuropa und den USA. Die 1980er Jahre erlebten einen wahren Boom solcher deutsch-amerikanischer Initiativen, die von Austauschprogrammen bis zur Überarbeitung des Unterrichtsmaterials reichten.

Die Beziehungen zwischen Bundesrepublik und USA standen somit in doppelter Hinsicht auf dem Prüfstand. Amerikakritiker wie Befürworter engerer deutsch-amerikanischer Beziehungen hinterfragten den aktuellen Stand dieses Verhältnisses und strebten seine Veränderung an, wenn auch mit unterschiedlichen Zielsetzungen. In dieser Hinsicht waren die Reflexionen und die daraus erwachsenden Forderungen und Programme beider Seiten stets Selbstverständigungs- und Selbstverortungsdebatten⁵ – sowohl in der Bundesrepublik als auch in den USA. Lehnten die Akteure, die sich in der Bundesrepublik für eine Intensivierung der transatlantischen Beziehungen einsetzten, die als »Antiamerikanismus« apostrophierte Kritik der Friedensbewegung und anderer Protestgruppen zwar ab, so folgten sie doch keiner blinden Amerikagläubigkeit. Vielmehr entwickelten sie eigene Vorstellungen, wie die transatlantischen Beziehungen künftig aussehen sollten, und kommunizierten diese mit ihren Kontakten in den USA.

Im Folgenden geht es um die Zeitdiagnosen und die Lösungsansätze derjenigen Gruppen und Persönlichkeiten insbesondere in der Bundesrepublik, die sich für intensivierte transatlantische Beziehungen einsetzten. Was galt ihnen als Indikator für eine Verschlechterung des Verhältnisses in den vorangegangenen Jahren? In welche Bezugsrahmen ordneten sie diese Entwicklung ein? Wie sah in ihren Augen das deutsch-amerikanische Beziehungsgefüge idealerweise aus? Und schließlich: Welche Maßnahmen schienen ihnen geeignet, diese Ziele zu erreichen?

Die Debatte um die drohende Entfremdung war nicht zuletzt eine Thematisierung der historischen Dimension der deutsch-amerikanischen Freundschaft nach 1945 und ihrer

4 Klaus Wiegrefe, *Das Zerwürfnis. Helmut Schmidt, Jimmy Carter und die Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen*, Berlin 2005; Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hrsg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*, München 2011; Reinhild Kreis, »Eine Welt, ein Kampf, ein Feind«? Amerikakritik in den Protesten der 1980er Jahre, in: Hanno Balz/Jan-Henrik Friedrichs (Hrsg.), *»All We Ever Wanted...«*. Eine Kulturgeschichte europäischer Protestbewegungen der 1980er Jahre, Berlin 2012, S. 136–155. Vgl. auch die Beiträge in *Historisch-Politische Mitteilungen* 14, 2007, mit dem Themenschwerpunkt der transatlantischen Beziehungen in der Ära Kohl. Aus der Vielzahl zeitgenössischer Studien seien stellvertretend genannt: Harald Mueller/Thomas Risse-Kappen, *Origins of Estrangement. The Peace Movement and the Changed Image of America in West Germany*, in: *International Security* 12, 1987, H. 1, S. 52–88; Hans Rattinger, *Change Versus Continuity in West German Public Attitudes on National Security and Nuclear Weapons in the Early 1980s*, in: *Public Opinion Quarterly* 51, 1987, S. 495–521; Klaus Harpprecht, *Amerikaner. Freunde, Fremde, ferne Nachbarn. Eine private Galerie*, Stuttgart 1984; Peter von Zahn, *Verlässt uns Amerika?*, Berlin/Frankfurt am Main 1987.

5 Philipp Gassert, *Viel Lärm um nichts? Der NATO-Doppelbeschluss als Katalysator gesellschaftlicher Selbstverständigung in der Bundesrepublik*, in: *Gassert/Geiger/Wentker, Zweiter Kalter Krieg*, S. 175–202.

spezifischen Entstehungszusammenhänge. »Die amerikanische Epoche der deutschen Nachkriegsgeschichte neigt sich zum Ende«, schrieb der Journalist Klaus Harpprecht 1984.⁶ Wehmütige Befürchtungen dieser Art führten im Verein mit Protestbewegungen, die das westliche Bündnis grundsätzlich hinterfragten, zu konkreten Aktivitäten, diese Entwicklung in andere Bahnen zu lenken oder gar umzukehren, trugen aber auch dazu bei, Gründungsmythen zu verfestigen. Die omnipräsenten Geschichtsbezüge erwiesen sich in dieser Debatte als »Kampffeld der Vergangenheitsinterpretationen und der Zukunftserwartungen«.⁷ Sie bezogen sich im Falle der Bundesrepublik nun nicht mehr auf das Verhältnis zur nationalsozialistischen Vergangenheit, sondern auf die Gründungsgeschichte des eigenen Staats.

I. DIAGNOSEN

Ende 1980 berichtete Peter Hermes, der Botschafter der Bundesrepublik in Washington, von einem Treffen mit John McCloy. Der ehemalige Hohe Kommissar im besetzten Deutschland war vom neu gewählten Präsidenten der USA, Ronald Reagan, noch vor dessen Amtsantritt damit beauftragt worden, einen Bericht über den Stand der deutsch-amerikanischen Beziehungen zu verfassen und Verbesserungsvorschläge zu entwickeln.⁸

Dass die Beziehungen zwischen den beiden Staaten nicht ungetrübt waren, hatte das Auswärtige Amt schon in den Jahren zuvor beschäftigt. Das Verhältnis von Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem seit 1977 amtierenden Präsidenten Jimmy Carter war fast schon legendär schlecht.⁹ Hier prallten nicht nur zwei höchst unterschiedliche Persönlichkeiten aufeinander, die wenig miteinander anfangen konnten, sondern sie vertraten auch gegenüber den drängenden Fragen der Zeit in den Bereichen der Sicherheits-, Wirtschafts- und Energiepolitik mitunter weit auseinanderliegende Ansichten und Lösungsstrategien.¹⁰

Immer wieder berichteten Diplomaten und Politiker dem Auswärtigen Amt, dass Medien und Politik in den USA mit wachsender Sorge und Misstrauen auf die Bundesrepublik blickten. Angesichts der vielfältigen Streitpunkte, die sich aus der Verschärfung des Ost-West-Konflikts ergaben, wurden Zweifel an der eindeutigen Westorientierung der Bundesrepublik und damit an ihrer Loyalität und Verlässlichkeit als Bündnispartner laut. Die amerikanischen Medien berichteten zudem über wachsenden Antiamerikanismus unter den Jugendlichen in Westdeutschland, andere vermuteten, die Bundesrepublik strebe nach einer stärkeren Führungsrolle und einem Europa, das von Frankreich bis zur Sowjetunion reiche. Zwar wies die Bundesregierung solche Einschätzungen, die deutsch-amerikanische Partnerschaft sei gefährdet, zurück, doch das Misstrauen blieb.¹¹

Zusätzliche Dringlichkeit gewann das Nachdenken über den Stand der deutsch-amerikanischen Beziehungen angesichts der immer stärker werdenden Friedensbewegung, die

6 Harpprecht, *Amerikaner*, S. 328.

7 Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*, Darmstadt 1999, S. 17.

8 Hermes an Auswärtiges Amt (AA), 28.11.1980, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), Berlin, B 32–204, Nr. 115940.

9 Umfassend dazu Wiegrefe, *Das Zerwürfnis*. Vgl. außerdem stellvertretend für viele andere Hans-Dieter Heumann, *Hans-Dietrich Genscher. Die Biographie*, Paderborn 2011, S. 202–208; Jimmy Carter, *White House Diary*, New York 2010, beispielsweise S. 485 f.

10 Wiegrefe, *Das Zerwürfnis*.

11 Von Staden an AA, 7.3.1979, PA AA, B 32–204, Nr. 115940; Schenk an Staatssekretär [van Well], 26.3.1979, PA AA, B 32–204, Nr. 115940; Birrenbach an Genscher, 17.7.1980, PA AA, B 32–204, Nr. 115941; Pauls an AA, 8.1.1980, abgedr. in: *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1980*, Bd. 1, München 2011, Dok. 6; Hermes an AA, 17.12.1981, abgedr. in: *Akten zur Auswärtigen Politik Deutschlands 1981*, Bd. 3, München 2012, Dok. 376.

gegen den Nachrüstungsbeschluss protestierte und die Logik der atomaren Abschreckung grundsätzlich ablehnte. Die Nuklearstrategie der USA und der NATO war in der Amtszeit Jimmy Carters durch kontroverse Rüstungsprojekte in den Fokus der westdeutschen Politik und Öffentlichkeit gerückt. Der Streit um die Neutronenbombe 1977/78 und die schrittweise Abkehr von der Détente im Gefolge des sowjetischen Einmarschs in Afghanistan hatten zu hitzigen Debatten über sicherheitspolitische Chancen und Gefahren im Spannungsfeld von Abrüstung, Abschreckung und Bündnissolidarität geführt, die sich dann in der Nachrüstungsfrage verstärkten.¹²

Hier gerieten die USA und Ronald Reagan zu zentralen Referenzpunkten der Kritik. Besuche amerikanischer Politiker in der Bundesrepublik waren von Demonstrationen begleitet, die Protestierenden blockierten amerikanische Militärstützpunkte in der Bundesrepublik. Plakate und Flugblätter zeigten Reagan als Cowboy und vermeintlichen Superhelden, der den »atomaren Holocaust« riskierte.¹³ Verschärfend wirkte, dass die Friedensbewegung keine gesellschaftliche Minderheit, sondern breite Segmente der Bevölkerung über Alters-, Geschlechts-, Professions- und Konfessionsgrenzen hinweg umfasste.¹⁴ Die Regierungspartei SPD war über die Nachrüstungsfrage zutiefst gespalten, und mit den Grünen trat an der Wende zu den 1980er Jahren eine Partei auf den Plan, deren Mitglieder – bei allen Richtungsstreitigkeiten – die Nachrüstung strikt ablehnten und einen Austritt aus der NATO größtenteils befürworteten.¹⁵ Das amerikakritische Spektrum der Zeit vervollständigten Mittelamerika-Solidaritätsgruppen, die gegen die »imperialistische« Politik Reagans in dieser Region protestierten¹⁶, sowie linksradikale und terroristische Gruppierungen wie die RAF oder die Roten Zellen, die während der 1980er Jahre wiederholt amerikanische Personen und Einrichtungen als Ziel ihrer Anschläge wählten.¹⁷ Amerikakritik schien mindestens während der ersten Hälfte der 1980er Jahre omnipräsent zu sein und alarmierte die Anhänger enger transatlantischer Verbindungen. Insbesondere die Friedensbewegung wirkte auf beiden Seiten des Atlantiks als Alarmzeichen.¹⁸

Mit ihrer Initiative Ende 1980 gaben McCloy und Reagan den Anstoß für eine intensivere Beschäftigung mit der Frage, wie die deutsch-amerikanischen Beziehungen zu verbessern seien. Die folgenden Diskussionen kreisten dabei weniger um den aktuellen

12 Zur Nuklearstrategie des westlichen Bündnisses und den damit einhergehenden Kontroversen vgl. *Michael Ploetz*, Erosion der Abschreckung? Die Krise der amerikanischen Militärstrategie am Vorabend des NATO-Doppelbeschlusses, in: *Gassert/Geiger/Wentker*, Zweiter Kalter Krieg, S. 31–48; *Tim Geiger*, Die Regierung Schmidt-Genscher und der NATO-Doppelbeschluss, in: ebd., S. 95–122; *Wiegrefe*, Das Zerwürfnis, S. 159–206.

13 *Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker*, Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung: Einleitende Überlegungen zum historischen Ort des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, in: *dies.*, Zweiter Kalter Krieg, S. 7–29, hier: S. 21.

14 Der Begriff »Friedensbewegung« überspielt die Heterogenität dieser Bewegung. Sie umfasste verschiedenste Gruppierungen und Strömungen, die teilweise deutlich voneinander abweichende Ansichten vertraten. Einig waren sie jedoch in ihrer Ablehnung der Nachrüstung und des Rüstungswettlaufs zwischen den beiden Blöcken im Ost-West-Konflikt. Da hier das Phänomen dieser sozialen Bewegung, nicht aber die Ansichten, Aktivitäten und Forderungen der einzelnen Spektren der Friedensbewegung im Vordergrund stehen, wird zusammenfassend von der Friedensbewegung gesprochen. Zu deren verschiedenen Spektren vgl. *Andreas Wirsching*, Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006, S. 86–93.

15 Vgl. hierzu die Beiträge von Jan Hansen und Silke Mende in diesem Band.

16 *Claudia Olejniczak*, Dritte-Welt-Bewegung, in: *Roland Roth/Dieter Rucht* (Hrsg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt am Main 2008, S. 319–346, hier: S. 338f.

17 *Kreis*, Eine Welt, S. 138–140.

18 AA, Ref. 204, an Genscher, 8.11.1981, PA AA, B 32–204, Nr. 123313; Generalkonsulat Boston an AA, 9.11.1981, PA AA, B 32–204, Nr. 123313.

außen-, sicherheits- oder wirtschaftspolitischen Kurs der beiden Regierungen, sondern zunehmend um die Verbesserung der »menschlichen Beziehungen« und eine engere Kommunikation.¹⁹ Auf westdeutscher Seite übernahm bald Hildegard Hamm-Brücher (FDP), die Staatsministerin im Auswärtigen Amt, den Aufgabenbereich und vertrat die Bundesrepublik im In- und Ausland in dieser Frage. Im April 1981 entstanden im Auswärtigen Amt »erste Überlegungen zu einer Intensivierung der deutsch-amerikanischen Kontakte«. Schwierigkeiten in den transatlantischen Beziehungen seien an sich nichts genuin Neues: »Neu ist [jedoch], dass ein verbreiteter Mangel an Verständigungsbereitschaft und/oder Verständigungsfähigkeit immer weniger kompensiert wird, da die Gründergeneration der deutsch-amerikanischen Partnerschaft zunehmend von der Bühne abtritt und eine junge Generation der Vertreter der deutsch-amerikanischen Interessen (Lobby) nicht in ausreichendem Maße nachgewachsen ist.«²⁰ Hier müsse man ansetzen.

Mit dem Verweis auf die »junge Generation« griffen die Mitarbeiter des Auswärtigen Amts einen Topos auf, den Politiker, Diplomaten und Wissenschaftler in den USA seit den späten 1970er Jahren als »successor generation«-Problematik intensiv diskutierten. »Successor generation« meinte die unter 40-Jährigen, die in absehbarer Zeit zentrale Funktionen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in den USA und in Westeuropa besetzen würden. Diese Generation unterschied sich von ihren Vorgängern durch ihren Erfahrungshorizont: Sie hatte die Anfänge des Kalten Kriegs, des westlichen Bündnisses und der deutsch-amerikanischen Freundschaft nicht mehr erlebt. Die Rhetorik einer »successor generation« interpretierte diesen veränderten Erfahrungshintergrund als Mangel: Aufgrund des fehlenden Erfahrungsschatzes aus dieser als prägend erachteten Zeit ständen junge Amerikaner und Westeuropäer der atlantischen Allianz gleichgültig gegenüber, unterschätzten die Gefahren, die von der Sowjetunion ausgingen, pflegten die transatlantischen Beziehungen und ihr Wissen über die Bündnispartner nicht und riskierten damit den Zusammenhalt des Bündnisses.²¹ Für die Bundesrepublik konstatierte das Auswärtige Amt:

»Die Begründer der deutsch-amerikanischen Partnerschaft nach dem Kriege, von denen bislang in Deutschland und in [den] USA eine stabilisierende Wirkung ausging, ziehen sich nach und nach und ohne dass in gleichem Maße Europa- und Deutschland-orientierte Persönlichkeiten nachrücken, [zurück]. Das deutsch-amerikanische Verhältnis [...] bedarf daher verstärkt unserer Aufmerksamkeit.«²²

Diese Befürchtungen mündeten 1979 in die Gründung mehrerer Gremien, die sich dieser Problematik annehmen wollten. Innerhalb des »Atlantic Council of the United States« (ACUS), eines in Washington angesiedelten Thinktanks, formierte sich eine »Working Group on the Successor Generation«. Ein Auslöser für diesen Zusammenschluss waren die Ergebnisse der 1978 von Carter eingesetzten »President's Commission on Foreign Language and International Studies«. In ihrem ersten Grundsatzpapier zur »successor generation« schrieb die Arbeitsgruppe 1981, diese und weitere Studien hätten ein beängstigendes Ausmaß an Ignoranz offenbart. Schüler und Studierende hätten gravierende Lücken in Geografie, Fremdsprachenkenntnissen, im Grundwissen über politische Zusammenhänge, Wirtschaft und moderne Geschichte gezeigt. Damit seien sie schlecht ge-

19 So Botschafter Hermes bereits Anfang November 1980: Hermes an AA, 6.11.1980, PA AA, B 32–204, Nr. 115941.

20 AA, Vermerk vom 28. April 1981, PA AA, B 32–204, Nr. 135173.

21 Zusammenfassend für eine Vielzahl von Äußerungen und Definitionen, was die »successor generation« sei: The Atlantic Council's Working Group of the Successor Generation, The Successor Generation: Its Challenges and Responsibilities, Washington 1981, S. 7. Abrufbar unter URL: <http://www.acus.org/docs/8101-Successor_Generations_Challenges_Responsibilities.pdf> [21.5.2012].

22 AA, Ref. 204, Vermerk vom 15.10.1979, PA AA, B 32–204, Nr. 115940.

rüstet, die Probleme der Zeit zu meistern und den Westen zu verteidigen.²³ Dementsprechend lautete die Schlussfolgerung: »Any solution of the problem must be educational.«²⁴

Der ACUS-Gruppe gehörten rund 60 namhafte Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Stiftungswesen an.²⁵ Den Vorsitz hatte Edmund D. Pellegrino inne, der Präsident der »Catholic University of America«, als sein Stellvertreter fungierte Thomas A. Bartlett, der Präsident der »Association of American Universities«. Projektleiter war Theodore (Ted) C. Achilles, ein früherer Diplomat und nun stellvertretender Vorsitzender des ACUS. Zu den weiteren Mitgliedern zählten Universitätspräsidenten, hochrangige Mitarbeiter der »United States Information Agency« (USIA), Wissenschaftler verschiedener Disziplinen sowie Vertreter großer Stiftungen und Thinktanks. Etliche Mitglieder verbanden in ihrer Biografie politische und universitäre Karrieren. Die ACUS-Gruppe stand in enger Verbindung mit der »Nordatlantischen Versammlung« (NAA), einem informellen Forum der Parlamentarier der NATO-Mitgliedsstaaten, und der »Atlantic Treaty Association« (ATA), einer Dachorganisation privater Vereinigungen, die sich der Propagierung der NATO verschrieben hatten. Beide hatten 1979 Ausschüsse eingerichtet, die sich mit der »successor generation« beschäftigten.²⁶

Die »United States Information Agency«, die für die auswärtige Kultur- und Informationspolitik der USA weltweit zuständig war, setzte das Thema »successor generation« bereits etwas früher auf die Agenda.²⁷ Ihr »Office of Research« führte wiederholt Umfragen zu diesem Thema in Westeuropa durch.²⁸ Die Gründung der ACUS Working Group maßgeblich auf einen Vorstoß der USIA zurück, die selbst mit mehreren hochrangigen Mitarbeitern in der ACUS-Gruppe vertreten war.²⁹ Wie die Arbeitsgruppen des ACUS, der NAA und der ATA war die Arbeit der USIA auf ganz Westeuropa ausgerichtet, nicht allein auf die Bundesrepublik Deutschland.³⁰ In der Bundesrepublik gab es un-

23 The Atlantic Council's Working Group on the Successor Generation, *The Successor Generation*, S. 7f.

24 Ebd., S. 8.

25 Die Zusammensetzung der Working Group veränderte sich im Lauf der Jahre leicht. Für einen schnellen Überblick vgl. die Mitgliederverzeichnisse in ebd. und *The Atlantic Council's Working Group on the Successor Generation, The Teaching of Values and the Successor Generation*, Washington 1983, abrufbar unter URL: <http://www.acus.org/docs/8302-Teaching_%20Values_Successor_Generation.pdf> [21.5.2012].

26 NAA, Committee on Education, Cultural Affairs & Information, *Introductory Report for the Working Group on the Successor Generation*, Mai 1980, S. 1, Hoover Institution Archives, Stanford, CA, ACUS, Box 253; Harned an Pellegrino, 31.7.1979, ebd.; Achilles, Memorandum vom 9. September 1980, ebd.

27 In der Amtszeit von Jimmy Carter trug die USIA für einige Jahre den Namen »United States International Communications Agency« (USICA). Beim Amtsantritt Ronald Reagans wurde diese Umbenennung rückgängig gemacht. Da die Behörde hauptsächlich unter dem Namen »USIA« bekannt ist, wird hier dieser Name trotz der zeitweiligen Änderung einheitlich verwendet. Zur USIA vgl. *Nicholas Cull, The Cold War and the United States Information Agency. American Propaganda and Public Diplomacy*, Cambridge 2008.

28 Vgl. das Verzeichnis in National Archives and Records Administration (NARA), Washington, RG 306, Office of Research, S-Reports.

29 ACUS, Memorandum vom 17. Oktober 1979, Hoover Institution Archives, ACUS, Box 253. Die USIA wurde unter anderem vertreten durch Terrence Catherman, den Leiter der für Europa zuständigen Abteilung, und seinen Mitarbeiter Dell Pendergast sowie den früheren Direktor der Behörde, Leonard Marks.

30 Zu Austauschprogrammen der USA in ganz Westeuropa vgl. *Giles Scott-Smith, Searching for the Successor Generation. Public Diplomacy, the US Embassy's International Visitor Program, and the Labour Party in the 1980s*, in: *British Journal of Politics and International Relations* 8, 2006, S. 214–237; *ders.*, *Mutual Interests? US Public Diplomacy in the 1980s and Nicholas Sarkozy's First Trip to the United States*, in: *Journal of Transatlantic Studies* 9, 2011, S. 326–

terdessen kein Pendant, das sich explizit unter dem Schlagwort »successor generation« mit den transatlantischen Beziehungen auseinandersetzte. Doch der Begriff selbst beziehungsweise deutsche Übersetzungen wie »Nachfolgeneration« oder, abgeschwächer, »junge Generation« prägten auch hier die Diskussion.

Besondere Brisanz erhielt die Diagnose eines »successor generation«-Problems im Zusammenspiel mit der Beurteilung der politischen Gesamtsituation. Viele Dokumente zur Nachfolgeneration und den transatlantischen Beziehungen verwiesen auf die gegenseitige Abhängigkeit und Verflochtenheit, kurz auf die »interdependence« der westlichen Welt.³¹ Für die Bundesrepublik kam hinzu, dass sie noch mehr als andere Staaten auf den militärischen Schutz der USA angewiesen war. Doch was drohte, war eine Vertrauenskrise: Hatte das bisherige Vertrauensverhältnis geholfen, Differenzen in politischen Sachfragen zu überwinden, herrschte nun Misstrauen, so die Befürchtung. Die Amerikaner vertrauten nicht mehr auf die klare Westorientierung der Bundesrepublik, und den Bundesbürgern mangelte es an Vertrauen in die Ziele der amerikanischen Politik sowie die Führungsstärke der USA.³²

Vor diesem Hintergrund galt es als besonders gefährlich, wenn die Nachfolgeneration kaum noch etwas über die Bündnispartner ihres Landes und ihre gemeinsame Geschichte wusste. Noch befürworte, so urteilte man im Auswärtigen Amt, eine überwältigende Mehrheit in der Bevölkerung eine enge Zusammenarbeit mit den USA beziehungsweise mit Westeuropa.³³ Doch dies könne sich bei Untätigkeit rasch ändern. Dann drohten Desinteresse, »Vorurteile und Klischees« an die Stelle von Wissen und Information zu treten.³⁴

II. DIE NACHFOLGENERATION

Der Topos »Nachfolgeneration« verwandelte die Schwierigkeiten zwischen Westeuropa und den USA in ein Generationenproblem. Jungen Europäern und Amerikanern, die nach 1940 geboren worden waren, »fehlte« etwas. Mit Bezug auf die Bundesrepublik war dies je nach Schwerpunktsetzung die Erfahrung des Kriegs und eines totalitären Systems, ein angemessener Begriff von den Gefahren des Kommunismus, oder, wie das meistgebrauchte Argument lautete, eine eigene Erinnerung an die Aufbaujahre nach dem Ende des Kriegs, in denen das westliche Bündnis und die deutsch-amerikanische Freundschaft entstanden waren.³⁵

341; *ders.*, Networks of Influence. U. S. Exchange Programs and Western Europe in the 1980s, in: *Kenneth A. Osgood/Brian C. Etheridge* (Hrsg.), *The United States and Public Diplomacy. New Directions in Cultural and International History*, Leiden 2010, S. 345–369.

31 Achilles an New York Times, 5.1.1981, Hoover Institution Archives, ACUS, Box 14; NAA, Committee on Education, Cultural Affairs & Information, Introductory Report for the Working Group on the Successor Generation, Mai 1980, S. 2, ebd., Box 253; *Berndt von Staden*, *Sechs Jahre Washington. Gedanken aus Anlaß des Thanksgiving-Dinners 1981 der Deutsch-Amerikanischen Juristen-Vereinigung e. V.*, Bonn 1982, S. 1; *Otto Graf Lambsdorff*, *Are We Drifting Apart? German-American Relations Today*, Rede vor dem »American Council on Germany« in New York vom 23. Februar 1982, abgedr. in: *German Information Center* (Hrsg.), *Statements and Speeches*, Bd. V, Nr. 6, New York [1982].

32 Vorlage zur Gesprächsführung für Hamm-Brücher, 29.10.1981, PA AA, B 32–204, Nr. 123313; *Dell Pendergast*, Comment, in: *The Atlantic Council's Working Group of the Successor Generation*, *The Successor Generation*, S. 24–25, hier: S. 24.

33 So etwa Hamm-Brücher, Rede bei einem Foreign Press Luncheon, 2.11.1981, PA AA, B 32–204, Nr. 123313.

34 Vorlage zur Gesprächsführung [für Bundespräsident Carstens?], 11.9.1981, PA AA, B 32–204, Nr. 123316.

35 ACUS, Protokoll vom 6. September 1979, Hoover Institution Archives, ACUS, Box 253; NAA, Committee on Education, Cultural Affairs & Information, Introductory Report for the Working

Zwar enthielten die Aussagen über die Nachfolgegeneration immer wieder auch Hinweise, was stattdessen Erlebniszusammenhänge dieser unter 40-Jährigen gewesen seien – der Vietnamkrieg, Watergate, der relative Machtverlust der USA wurden als Prägefaktoren für deren Amerikabild betont –, doch letztlich wurden sie in den Diskursen der 1980er Jahre nicht wie sonst bei Generationsbeschreibungen üblich über eine gemeinsame Erfahrung definiert, sondern über eine Nicht-Erfahrung, ein Nicht-Erleben. Am deutlichsten verrät dies der Begriff der »successor generation« selbst. Diese Generation bekam kein eigenes Label, das den Generationszusammenhang ausdrücken sollte, sondern wurde als bloße Nachfolgerin einer anderen, der eigentlich wichtigen Generation definiert. Dies war die »Gründergeneration« der deutsch-amerikanischen Partnerschaft in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg.³⁶

Hinter der Formel der »successor generation« oder »Nachfolgegeneration« stand ein ganzes Narrativ der deutsch-amerikanischen und westeuropäisch-amerikanischen Beziehungen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, das sowohl die Gegenwartsdeutung als auch die Erwartungen an die Zukunft sowie mögliche Lösungswege aus der als problematisch empfundenen Situation bestimmte. Die 1950er und 1960er Jahre erschienen hier als Periode der Gemeinsamkeit, des gemeinsamen Aufbaus, der – trotz gelegentlich auftretender Differenzen – grundsätzlich gemeinsamen Ziele in den USA und in Westdeutschland, kurz, als »goldene[s] Zeitalter der deutsch-amerikanischen Allianz«, wie es Berndt von Staden nannte.³⁷ Die Dekaden nach Kriegsende waren in diesem Panorama pastellfarben als harmonische Phase gezeichnet, die nun durch den Generationenwechsel bedroht wurde.³⁸ Hildegard Hamm-Brücher forderte daher ein neues »Bewusstsein der Gemeinsamkeit«, das »heutzutage nicht mehr ganz so einfach und selbstverständlich [sei], wie es in den 50er, 60er und auch noch bis in die 70er Jahre war«.³⁹

Rhetorische Ankerpunkte, die wie Mantras wiederholt wurden, waren Verweise auf die Care-Pakete, die Berliner Luftbrücke 1948/49, den Marshallplan und die Berlin-Krise seit 1958. Keinen Platz in diesem Gemälde hatten die gravierenden Auseinandersetzungen, die es auch in den 1950er und 1960er Jahren gegeben und die zu Vertrauenskrisen geführt hatten, etwa die erbitterten Kontroversen um die Westbindung der Bundesrepublik oder zwischen Atlantikern und Gaullisten.⁴⁰ Von einem mitunter zähen Westernisierungs-

Group of the Successor Generation, Mai 1980, S. 1, ebd.; *Arthur Burns*, How Americans Look at Europe, in: *Hans N. Tuch* (Hrsg.), *Arthur Burns and the Successor Generation. Selected Writings of and about Arthur Burns*, Lanham 1988, S. 13–19, hier: S. 16; Hamm-Brücher, Politische Überlegungen zum Stand der deutsch-amerikanischen Beziehungen, 29.10.1981, PA AA, B 32–204, Nr. 135174; *Berndt von Staden*, Deutsche und Amerikaner – Irritationen, in: *Außenpolitik* 35, 1984, H. 1, S. 44–53, hier: S. 46f.; *Lambsdorff*, Are We Drifting.

36 Stellvertretend für viele Beispiele AA, Ref. 204, Vermerk vom 15. Oktober 1979, PA AA, B 32–204, Nr. 115940; Hamm-Brücher, Vermerk vom 25. November 1981, PA AA, B 32–204, Nr. 123313; *Lawrence Eagleburger*, Das deutsch-amerikanische Verhältnis aus heutiger Sicht, in: *APuZ* 1982, Nr. 13, S. 28–33, hier: S. 29.

37 *Von Staden*, Deutsche und Amerikaner, S. 45.

38 Ein Beispiel sind Hildegard Hamm-Brüchers »Politische Überlegungen zum Stand der deutsch-amerikanischen Beziehungen« vom Oktober 1981: Hamm-Brücher, Informationen für das Pressehintergrundgespräch, 29.10.1981, PA AA, B 32–204, Nr. 135174.

39 Hamm-Brücher, Vermerk vom 25. November 1981, PA AA, B 32–204, Nr. 123313.

40 *Tim Geiger*, Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969, München 2008; *Klaus Larres*, Eisenhower, Dulles und Adenauer: Bündnis des Vertrauens oder Allianz des Misstrauens? (1953–1961), in: *ders./Torsten Oppelland* (Hrsg.), *Die USA und Deutschland im 20. Jahrhundert. Geschichte der politischen Beziehungen*, Darmstadt 1997, S. 119–150; *Geir Lundestad*, *The United States and Western Europe since 1945. From »Empire« by Invitation to Transatlantic Drift*, London 2005, S. 111–141.

prozess, in dem die Bundesrepublik erst allmählich in die westliche Wertegemeinschaft einschwenkte und der bis in die frühen 1970er Jahre andauerte, war keine Rede.⁴¹

Mit der Betonung der transatlantischen Harmonie kam ein zweiter Topos ins Spiel, der sich wie ein roter Faden durch die Argumentation zog: Zeigten die Analysen zur »successor generation« die gemeinsamen Wertevorstellungen als die größte und wichtigste Gemeinsamkeit der 1950er und 1960er Jahre und als das eigentliche Fundament der westlichen Allianz, vertrete die Nachfolgegeneration Werte, so hieß es, die sich deutlich von denen der vorangegangenen Generation unterschieden. Die gemeinsame Wertegrundlage drohte zusammenzubrechen. Schon kurz nach der Etablierung richtete die ACUS Working Group 1979 einen Unterausschuss ein, der sich mit Fragen des Wertewandels und der Wertevermittlung beschäftigte⁴², und der zweite Bericht der ACUS-Gruppe 1983 trug den Titel »The Teaching of Values and the Successor Generation«.⁴³ Auch die Bundestagsfraktionen von CDU, CSU, SPD und FDP begründeten 1982 ihre Anträge auf eine Intensivierung der deutsch-amerikanischen Kulturbeziehungen damit, es gelte, die westliche »Gesinnungsgemeinschaft« zu stärken beziehungsweise das »Bewusstsein der Gemeinsamkeit von Werten und Problemen zu verstärken und gemeinsame Zukunftslösungen zu finden«.⁴⁴

Was waren nun diese gemeinsamen Werte, die angeblich verloren zu gehen drohten? Meist wurden sie ohne nähere Erläuterung als »westliche Werte« bezeichnet.⁴⁵ Botschafter Hermes betonte in einer Rede an der Yale University im Dezember 1981, die deutsch-amerikanische Allianz werde die gegenwärtige Krise überleben, denn ihre Gesellschaften teilten die gleichen Werte von Demokratie und Freiheit, und auch Hildegard Hamm-Brücher unterstrich, die NATO sei viel mehr als nur ein Militärbündnis: »Sie [ist] vor allem auch eine Allianz [...] zur Erhaltung und Stärkung der geistigen und politischen Grundlagen europäisch-abendländischen Denkens, der Freiheit, der Vielfalt, der Toleranz und der Menschenrechte.«⁴⁶ Es waren demokratische Werte, wie auch die amerikanische Seite immer wieder betonte. Sie beruhten auf Freiheit: »freedom to choose a form of government, of worship, and a way of life for themselves and their children«.⁴⁷

Stimmten amerikanische und westdeutsche Diagnosen überein, so unterschieden sich doch die Bezugsrahmen, in denen die Befunde interpretiert wurden. Das Auswärtige Amt kommentierte im Oktober 1981 das erste Papier des ACUS zur »successor generation«: Die amerikanische »Working Group« sehe als Hauptproblematik

»die mangelnde Einsicht in die durch den andauernden Ost-West-Gegensatz fortbestehende Bedrohung der freiheitlichen Gesellschaftsform [...]. Mangelnde Kenntnis befreundeter Länder und man-

41 Zum Begriff der »Westernisierung« vgl. *Anselm Doering-Manteuffel*, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999, S. 5–19.

42 Successor Generation Working Group, Values Sub-Committee, First Preliminary Report, 7.12.1979, Hoover Institution Archives, James Huntley Papers, Box 50.

43 The Atlantic Council's Working Group of the Successor Generation, *The Teaching of Values*.

44 Antrag der Fraktionen der SPD und der FDP [April 1982], PA AA, B 32–204, Nr. 135176; Pressedienst der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, 6.4.1982, PA AA, B 32–204, Nr. 135176.

45 Achilles, Memorandum vom 9. September 1980, Hoover Institution Archives, ACUS, Box 253; *Hans-Dietrich Genscher*, *The Spiritual Foundations of German-American Friendship*, Rede auf einem Symposium der Universität Würzburg am 13. Januar 1983, abgedr. in: German Information Office (Hrsg.), *Statements and Speeches*, Bd. VI, Nr. 1, New York [1983].

46 Hamm-Brücher, Rede vor dem American Council on Germany am 3. November 1981, S. 8, PA AA, B 32–204, Nr. 123314.

47 The Atlantic Council's Working Group of the Successor Generation, *The Teaching of Values*, S. 10. Damit einher ging häufig ein missionarisches Selbstverständnis, vgl. den Vermerk des Auswärtigen Amtes zur Rede des US-Außenministers Alexander Haig in Berlin: AA, Vermerk vom 15. September 1981, PA AA, B 32–204, Nr. 123316.

gelndes Bewusstsein gemeinsamer Wertvorstellungen wird in erster Linie als ein Grund für die Fehleinschätzung des Ost-West-Gegensatzes gesehen und erst in zweiter Hinsicht als ein Störfaktor für das amerikanisch-deutsche Verhältnis.⁴⁸

Letzteres stand jedoch für das Auswärtige Amt im Vordergrund.

Die Werterhetorik macht die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der deutschen und der amerikanischen Debatte sichtbar. Zwar kreisten sowohl die Äußerungen der Amerikaner wie auch der westdeutschen Akteure um das Dreieck »Generation – Werte – Erfahrungen«, doch die Schwerpunkte lagen unterschiedlich. In der ACUS-Arbeitsgruppe stand der Wertediskurs hoch im Kurs. Ihr gehörte Ronald Inglehart an, der erst kurz zuvor, im Jahr 1977, mit seiner Studie »The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics« hervorgetreten war.⁴⁹ Inglehart hatte hier eine Verschiebung von »materialistischen« zu »postmaterialistischen« Werten in den westlichen Gesellschaften konstatiert, die mit einem Wandel von »moderner« zu »postmoderner« Gesellschaft korrespondiere. Dieser Wertewandel verlief anhand von Generationengrenzen, so Inglehart. Wertvorstellungen entwickelten sich demnach während der »formative years« vor dem Erreichen des Erwachsenenalters. Das ACUS war auf Inglehart durch zwei Studien aufmerksam geworden, die er für die Europäische Gemeinschaft durchgeführt hatte, und gewann ihn für die Arbeitsgruppe zur »successor generation«.⁵⁰ Seine Terminologie und seine Thesen durchzogen bald die gesamte amerikanische Diskussion zu diesem Thema.

Im Kontext dieser Debatte stand »Wertewandel« für den Mangel an Wertschätzung für demokratische, westliche Werte bei den jüngeren Generationen in Westeuropa und den USA. Freiheit und Demokratie, so lautete die These, galten den Jüngeren als so selbstverständlich, dass sie sich kaum für deren Erhalt einsetzten oder auf ihre Verteidigung vorbereitet waren. Doch dies galt als dringend notwendig: Die »successor generation«-Rhetorik war eingebettet in einen Diskurs, der von einer Bedrohung des westlichen Lebensstils von außen und innen ausging – durch die Sowjetunion und die Unterschätzung des Kommunismus sowie durch die »Erzfeinde der Demokratie« im Inneren, nämlich Apathie, Selbstgefälligkeit, Ignoranz und Trägheit.⁵¹

Diese Gegenwartsdiagnosen entsprachen der Rhetorik und Politik der Regierung Reagan, die durch ihre antikommunistische Stoßrichtung, einen konfrontativen Kurs gegenüber der Sowjetunion sowie die Forderung, sich auf die traditionellen Werte und Stärken Amerikas zurückzubedenken, gekennzeichnet waren.⁵² Parallelen zum »successor generation«-Narrativ sind unverkennbar: So wie bei Reagan die Besinnung auf überkommene, als uramerikanisch und demokratisch apostrophierte Werte und Traditionen helfen sollte, den USA wieder zu alter Stärke zu verhelfen, diente im »successor generation«-Diskurs der Bezug auf dieselben, als »westlich« beschriebenen Werte dazu, das Bündnis unter Führung der Hegemonialmacht USA (wieder) zu stärken. Dem Vorwurf des Republikaner

48 AA, Vermerk vom 23. Oktober 1981, PA AA, B 32–204, Nr. 123313. Eine ähnliche Auffassung wie Hamm-Brücher vertrat auf amerikanischer Seite Dell Pendergast vom »Office of European Affairs« der USIA. Vgl. dazu *Pendergast*, Comment, S. 24.

49 *Ronald Inglehart*, *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics*, Princeton, NJ 1977. Einordnend hierzu: *Andreas Rödder*, Vom Materialismus zum Postmaterialismus? Ronald Ingleharts Diagnosen des Wertewandels, ihre Grenzen und Perspektiven, in: *Zeithistorische Forschungen* 3, 2006, H. 3, S. 280–285.

50 Harned an Rémion, 31.10.1979, Hoover Institution Archives, ACUS, Box 253.

51 Sewell an Achilles, 3.7.1979, Hoover Institution Archives, ACUS, Box 253. Vgl. auch Huntley an Achilles, 1.6.1979, ebd.

52 So reagierte Reagan mit einem dreiseitigen, sehr positiven Schreiben auf das ACUS-Papier zur Frage der Vermittlung von Werten an die »successor generation«: Reagan an Rush, 16.6.1983, Hoover Institution Archives, Kenneth Rush Papers, Box 34.

Reagan, die »liberals« seien »soft« on communism«, entsprachen die Warnungen, die »successor generation« unterschätze die Gefährlichkeit der Sowjetunion.⁵³ Wer in den USA über die Nachfolgeneration und das westliche Bündnis sprach, sprach immer auch von der (wiederherzustellenden) Führungsstärke der USA, die unter Carter verloren gegangen sei.⁵⁴

Die Beschäftigung mit der »successor generation« passte somit hervorragend in die Wahlkampfkampagne und später in das Regierungsprogramm Reagans und der Konservativen, wie etwa die 1981 von Reagan initiierte Kampagne »Project Truth« zeigte, in der die USIA das Bild der USA in der Welt gerade rücken und gegen »sowjetische Propaganda« vorgehen sollte.⁵⁵ Auch weitere Versatzstücke neokonservativer Feindbilder der Reagan-Administration fanden sich im amerikanischen »successor generation«-Diskurs. So machte Francis O. Wilcox, hochrangiger Mitarbeiter des Außenministeriums unter Dwight D. Eisenhower und anschließend Dekan der »School of Advanced International Studies« an der Johns Hopkins University, unter anderem die revisionistische Schule der Historiker für die transatlantischen Schwierigkeiten verantwortlich.⁵⁶ Viele Spitzen richteten sich zudem gegen die »68er« als die Wurzel allen Übels: Diese Generation sei mittlerweile in den Schulen und anderen Ausbildungsstätten angekommen und vermittele ihr verzerrtes Geschichtsbild ebenso an die Schüler wie ihre Vorurteile.⁵⁷ Innen- und Außenpolitik der USA ließen sich auf dieser Ebene miteinander verbinden.

Auch in der Bundesrepublik hatte der Wertediskurs innenpolitische Bezüge. In der SPD offenbarten die innerparteilichen Auseinandersetzungen um die sicherheitspolitische Linie einen Generationenkonflikt, der sich aus unterschiedlichen Erfahrungshorizonten und damit eng verbunden, Wertvorstellungen speiste.⁵⁸ Zur Nachfolgeneration, deren Wissen über die Grundlagen der deutsch-amerikanischen Partnerschaft gestärkt werden sollte, zählte also auch die eigene Parteijugend. Mit den Grünen war zudem eine Partei entstanden, deren Anhänger sich zu großen Teilen aus den Alterskohorten der Nachfolgeneration und aus enttäuschten Sozialdemokraten rekrutierten und die nun zur Konkurrenz links von der SPD wurde.⁵⁹ Sie stellten einen wichtigen Teil der Friedensbewegung und lehnten größtenteils die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik ab. Auch die Grünen entsprachen daher der von den Koordinatoren bezeichneten Zielgruppe.

Die transatlantische Orientierung der Bundesrepublik gehörte – trotz der ausgeprägten Tendenzen in Teilen der Partei, die Anbindung an die USA zu relativieren – zu den Grund-

53 James T. Patterson, *Restless Giant. The United States from Watergate to Bush vs. Gore*, Oxford 2005, S. 152f. Vgl. auch Steven F. Hayward, *The Age of Reagan. The Fall of the Old Liberal Order 1964–1980*, Roseville 2001, S. 609–613.

54 Achilles an *New York Times*, 5.1.1981, Hoover Institution Archives, ACUS, Box 14. Ein weiterer Vorwurf gegenüber Carter war, die europäisch-amerikanischen Beziehungen als vermeintlichen Selbstläufer vernachlässigt und so zur aktuellen Misere beigetragen zu haben. AA, Ref. 204, an Genscher, 8.11.1981, PA AA, B 32–204, Nr. 123313.

55 Cull, *The Cold War*, S. 399–441.

56 Wilcox an Rush, Achilles und Harned, 20.4.1979, Hoover Institution Archives, ACUS, Box 253. Ähnlich auch Achilles, Memorandum vom 23. April 1979, ebd.

57 USIA, USIS Germany, Country Plan Financial Year 1983, S. 3, Stadtarchiv Nürnberg (StadtAN), E 6/799, Nr. 754. Hierzu auch die Äußerung Reagans in einem Gespräch mit Helmut Schmidt: Well an Genscher, 21.5.1981, abgedr. in: *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1981*, Bd. 2, München 2012, Dok. 146.

58 Friedrich Boll/Jan Hansen, Doppelbeschluss und Nachrüstung als innerparteiliches Problem der SPD, in: *Gassert/Geiger/Wentker, Zweiter Kalter Krieg*, S. 203–228, hier: S. 212f. Vgl. auch Dietmar Siß, Die Enkel auf den Barrikaden. Jungsozialisten und SPD in den Siebzigerjahren, in: *AfS 44*, 2004, S. 67–104, insb. S. 101–103.

59 Silke Mende, »Nicht rechts, nichts links, sondern vorn«. Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011, S. 330; *Wirsching*, Abschied vom Provisorium, S. 120.

linien der SPD und vor allem der FDP als dem Partner in der sozial-liberalen Koalition, in deren Regierungszeit der Beginn der neuen Initiativen lag.⁶⁰ Die in die Kritik geratene Westbindung zu fördern, entsprach also der eigenen Linie und half zudem, Vorhaltungen der Opposition zu entkräften, die SPD wende sich vom westlichen Bündnis ab. Für die CDU/CSU, die im Herbst 1982 zusammen mit der FDP die Regierung übernahm, waren die Werte- und die Generationenrhetorik sowie die bisher gestarteten Programme ohne Weiteres anschlussfähig. Sie entsprachen der von Bundeskanzler Helmut Kohl stets beschworenen »Wertegemeinschaft« mit den USA, in der sich Westbindung und Antikommunismus verbanden, sowie seinem Bestreben, die deutsche Geschichte nach 1945 »als eine demokratische Geschichte des Friedens, der Freiheit und des Wohlstands« in den Vordergrund zu rücken.⁶¹

Vor allem standen jedoch außenpolitische Erwägungen im Fokus. Die Betonung der Erfahrungs- und Wertegemeinschaft sollte signalisieren, dass die Bundesrepublik fest im westlichen Bündnis verankert war, und so dabei helfen, die eigene Position in den USA zu stärken. Dies galt für die sozial-liberale Koalition unter Helmut Schmidt wie für die Regierung Kohl. Zugleich ging es stets darum, Gehör für die eigene Position in den USA zu finden und langfristig deutschen beziehungsweise westeuropäischen Anliegen eine Stimme zu geben. So war dem Auswärtigen Amt vor allem daran gelegen, die Beschäftigung mit der Bundesrepublik in Schulen, Wissenschaft und Politik zu fördern. Deutschlandexperten sollten dafür sorgen, westdeutsche Interessen in die USA zu vermitteln und dort präsent zu halten. Diese Interessenvertretung sah Hildegard Hamm-Brücher als akut gefährdet an, da die »Gründergeneration« der deutsch-amerikanischen Freundschaft allmählich abtrete.⁶²

Dies zu verhindern, schien vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Differenzen auf vielen Gebieten besonders notwendig. Der Generationen- und der Wertetopos erlaubten es, unterschiedliche Ziele und Perspektiven in der Bundesrepublik und den USA zusammenzubinden und die schwierige Gegenwart bis zu einem gewissen Grad auszublenden, indem die harmonische Vergangenheit beschworen und die befürchteten zukünftigen Entwicklungen in den Mittelpunkt gestellt wurden. Aktuelle politische Sachfragen erschienen hier als Teil eines übergeordneten, strukturellen und demografischen Problems.

Dies fiel umso leichter, als sowohl die amerikanischen als auch die deutschen Protagonisten dieses Diskurses überzeugte Atlantiker waren. Ted Achilles, der Projektleiter der ACUS Working Group, war maßgeblich an den Gründungsverhandlungen der NATO beteiligt⁶³; James Huntley, ebenfalls Mitglied der ACUS-Gruppe, prägte wie Achilles über Jahrzehnte hinweg die Arbeit verschiedener atlantisch ausgerichteter Institutionen und Organisationen.⁶⁴ John McCloy, von Reagan mit der Erarbeitung von Plänen zur Verbesserung der deutsch-amerikanischen Beziehungen beauftragt, hatte in seiner Zeit als Hoher Kommissar zwischen 1949 und 1952 maßgeblich zur Westintegration der Bundesrepublik beigetragen und blieb auch danach den deutsch-amerikanischen Beziehungen eng verbun-

60 *Boll/Hansen*, Doppelbeschluss und Nachrüstung, S. 221; *Andreas Rödder*, Bündnissolidarität und Rüstungskontrollpolitik. Die Regierung Kohl-Genscher, der NATO-Doppelbeschluss und die Innenseite der Außenpolitik, in: *Gassert/Geiger/Wentker*, Zweiter Kalter Krieg, S. 123–136, hier: S. 130–132.

61 Ebd., S. 126–129; *Wirsching*, Abschied vom Provisorium, S. 475 und 486.

62 Sprechzettel Hamm-Brücher, 9.11.1981, PA AA, B 32–204, Nr. 123313.

63 *Kenneth Weisbrode*, *The Atlantic Century. Four Generations of Extraordinary Diplomats Who Forged America's Vital Alliance with Europe*, Cambridge, MA 2009, S. 116f. und 163.

64 Ebd., S. 269; *Giles Scott-Smith*, *Networks of Empire. The US State Department's Foreign Leader Program in the Netherlands, France, and Britain 1950–70*, Brüssel 2008, S. 92; *Melvin Small*, *The Atlantic Council – The Early Years*, o. O. 1998, S. 27, abrufbar unter URL: <<http://www.nato.int/acad/fellow/96-98/small.pdf>> [21.5.2012].

den.⁶⁵ An der Schnittstelle dieser Beziehungen waren Persönlichkeiten wie Hans N. Tuch angesiedelt, der 1938 aus Berlin in die USA emigrierte, nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Dienste des Foreign Service nach Deutschland zurückkehrte und im Rahmen der amerikanischen Reeducation-Politik Direktor des Amerikahauses in Frankfurt wurde. Zu Beginn der 1980er Jahre kehrte er abermals in die Bundesrepublik zurück, nun als Public Affairs Officer der USIA in der Amtszeit des amerikanischen Botschafters Arthur Burns.⁶⁶

Auf deutscher Seite war Hildegard Hamm-Brücher, die für die Bundesrepublik die Initiativen zur Verbesserung der deutsch-amerikanischen Beziehungen koordinierte, ebenfalls durch transatlantische Erfahrungen in der Nachkriegszeit geprägt. Als Stipendiatin im Rahmen der amerikanischen Demokratisierungsprogramme hatte sie 1949/50 ein Jahr in Harvard verbracht. Dort traf sie unter anderem John McCloy, ihren »Entdecker und Freund«, der sie mit der deutschlandpolitischen Elite der USA bekannt machte und der für sie wie kein anderer »Repräsentant und Symbol jener Gründergeneration der deutsch-amerikanischen Partnerschaft« war.⁶⁷ Auch Peter Hermes, zwischen 1979 und 1984 Botschafter der Bundesrepublik in Washington, hatte 1952 an einem solchen Austauschprogramm teilgenommen.⁶⁸ Zu den Autoren, die während der 1980er Jahre besorgt über den Zustand der deutsch-amerikanischen Beziehungen reflektierten, gehörten namhafte Journalisten wie Peter von Zahn, Klaus Harpprecht und Marion Gräfin Dönhoff, die seit Jahrzehnten in transatlantischen Netzwerken aktiv waren.⁶⁹

Besorgt um den Stand der deutsch-amerikanischen Beziehungen zeigten sich also Personen, die nicht nur überzeugte Atlantiker waren, sondern selbst der von ihnen beschworenen Gründergeneration angehörten. Den Generationszusammenhang stellte dabei weniger das Geburtsjahr her – McCloy war 1895 geboren, Achilles 1905, Hamm-Brücher hingegen 1921, Hermes 1922 –, sondern der Erfahrungszusammenhang der Nachkriegsjahre. Die Rollen waren dabei durchaus unterschiedlich verteilt, gestaltete doch jemand wie Ted Achilles diese Nachkriegsjahre selbst mit, während die Deutschen erst am Anfang ihrer politischen Karriere standen.⁷⁰ Gemeinsam war ihnen jedoch aus eigenem Erleben die Überzeugung, dass die engen transatlantischen Verbindungen lebenswichtig für beide Länder und das westliche Bündnis waren. Diese Errungenschaft sahen sie durch die »successor generation« gefährdet. Die Diskussionen um eine drohende transatlantische Entfremdung und die Nachfolgeneration sowie die daraus folgenden Initiativen waren somit auch Versuche, das eigene politische Erbe abzusichern.

65 Thomas Alan Schwartz, *Die Atlantik-Brücke. John McCloy und das Nachkriegsdeutschland*, Frankfurt am Main 1992, insb. S. 433f.

66 Interview mit Hans N. Tuch vom 19. Januar 1988, abrufbar über die Internetseite des Interview-Projekts »Frontline Diplomacy«.

67 Hamm-Brücher, Rede an der University of Harvard am 5.11.1981, PA AA, B 32–204, Nr. 123314; Hamm-Brücher, Rede vor dem American Council on Germany am 3.11.1981, ebd. Vgl. auch Hildegard Hamm-Brücher, *Freiheit ist mehr als ein Wort. Eine Lebensbilanz 1921–1996*, Köln 1996, S. 121f.; Ellen Latzin, *Lernen von Amerika? Das US-Kulturaustauschprogramm für Bayern und seine Absolventen*, Stuttgart 2005, S. 194f.

68 Peter Hermes, *Meine Zeitgeschichte 1922–1987*, Paderborn 2007, S. 154f.

69 Von Zahn, *Verlässt uns Amerika*; Harpprecht, *Amerikaner*; Marion Gräfin Dönhoff, *Amerikanische Wechselbäder. Beobachtungen und Kommentare aus vier Jahrzehnten*, München 1983. Peter von Zahn war der erste feste westdeutsche Amerikakorrespondent in den USA, Klaus Harpprecht war ebenfalls als Auslandskorrespondent in den USA tätig und Mitglied des Kongresses für Kulturelle Freiheit; Marion Gräfin Dönhoff gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Atlantik-Brücke.

70 Dass sie sich selbst dieser »Gründergeneration« zurechnete, betonte Hamm-Brücher in ihrer Rede vor dem American Council on Germany in New York am 3. November 1981, PA AA, B 32–204, Nr. 123314.

Was drohte, wenn dieses transatlantische Erbe nicht reaktiviert und gepflegt wurde? Zuerst einmal standen die Schlagfähigkeit, der Zusammenhalt und die Sicherheit der Allianz auf dem Spiel – und somit auch der Frieden und die Demokratie, lauteten die Befürchtungen.⁷¹ Für die Bundesrepublik kamen die als überlebensnotwendig bewerteten Sicherheitsgarantien der USA hinzu. »[D]en Irritationen gegenüber Amerika [...] ungenhemmt Lauf zu lassen«, sei höchst gefährlich, mahnte Berndt von Staden: »Solches zu tun, mag manchen als ein politischer Luxus erscheinen [...]. In Wahrheit aber fordert das einen hohen Preis zu Lasten unserer Sicherheit und damit unserer Freiheit.«⁷²

Die konkreten Ziele der beiden Regierungen sowie der anderen beteiligten Akteure stimmten dabei nicht notwendigerweise in allen Fragen überein. Doch das Reden über die transatlantischen Beziehungen im Sinne einer Generationen- und Wertefrage war vielfältig anschlussfähig und erlaubte es, die von allen Seiten angestrebte Neujustierung des Verhältnisses zu diskutieren – und vor allem, diese durch meist generationenspezifische Maßnahmen auch umzusetzen, welche sich entweder an die junge Generation selbst wandten oder an Lehrer, Journalisten und andere Multiplikatoren, die Einfluss auf die Meinungsbildung Jugendlicher hatten.

III. »STAND-BY-PERSÖNLICHKEITEN« FÜR DIE TRANSATLANTISCHEN BEZIEHUNGEN: DIE KOORDINATOREN FÜR DIE DEUTSCH-AMERIKANISCHE ZUSAMMENARBEIT

Ein knappes halbes Jahr nach McCloy's Vorstoß beauftragte die Bundesregierung bei ihrer außenpolitischen Klausurtagung auf Schloss Gymnich im April 1981 Hildegard Hamm-Brücher, Vorschläge für geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der deutsch-amerikanischen Beziehungen auszuarbeiten.⁷³ Anfang November reiste sie in die USA, um »gemeinsam mit der amerikanischen Seite zu prüfen, durch welche Maßnahmen in der jüngeren Generation auf beiden Seiten des Atlantiks [...] mehr gegenseitiges Verständnis geweckt und gefördert werden [kann]«. ⁷⁴ In den USA traf Hamm-Brücher hochrangige Regierungsvertreter wie Außenminister Alexander Haig, Staatssekretär Walter Stoessel und den Leiter der Europaabteilung im State Department, Lawrence Eagleburger, außerdem Kongressabgeordnete, Vertreter von Stiftungen und Thinktanks sowie nicht zuletzt prominente Vertreter der viel beschworenen »Gründergeneration« und Deutschlandexperten. Sie alle begrüßten den deutschen Vorstoß.⁷⁵ Dem Besuch vorausgegangen war bereits im Mai 1981 ein gemeinsames Kommuniqué von Bundeskanzler Helmut Schmidt und Präsident Ronald Reagan, in dem sie alle »Bemühungen um die Vertiefung der gegenseitigen Kontakte« ausdrücklich begrüßten und auf die Verantwortung der »nachfolgenden Generation« hinwiesen.⁷⁶

71 Robert E. Osgood, *The Successor Generation: A Summary Assessment [1979/80]*, Hoover Institution Archives, ACUS, Box 253; *Hermes*, Is the Alliance Drifting Apart.

72 *Von Staden*, *Deutsche und Amerikaner*, S. 52.

73 Aufzeichnungen des Ministerialdirektors Hansen vom 14. April 1981, abgedr. in: *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1981*, Bd. 1, München 2012, Dok. 107; Hamm-Brücher, Vermerk vom 25. November 1981, PA AA, B 32–204, Nr. 123313.

74 AA, Ref. 204, an Genscher, 8.11.1981, PA AA, B 32–204, Nr. 123313.

75 Unter den Gesprächspartnern waren William Fulbright, John McCloy, Fritz Stern, das »Council on Germany«, das Atlantic Council und der »German Marshall Fund of the United States«. Eine vollständige Auflistung der Gesprächspartner in AA, Ref. 204, an Genscher, 8.11.1981, PA AA, B 32–204, Nr. 123313.

76 Ronald Reagan, *Joint Statement Following Discussions With Chancellor Helmut Schmidt of the Federal Republic of Germany*, 22.5.1981, abrufbar über »The American Presidency Project«, URL: <<http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=43852>> [21.5.2012]; Hamm-Brücher, Vermerk vom 25. November 1981, PA AA, B 32–204, Nr. 123313.

Hamm-Brüchers Gespräche in den USA hatten zwei Ziele: Zum einen wollte die Bundesregierung Initiative zeigen und betonen, wie wichtig ihr die deutsch-amerikanischen Beziehungen waren. Zum anderen sollte amerikanische Unterstützung gewonnen werden. Insbesondere das State Department sollte sich ebenso wie das Auswärtige Amt öffentlichkeitswirksam zu dieser Aufgabe bekennen und so den privat getragenen Initiativen, die in den USA traditionell das Austauschwesen dominierten, politische Unterstützung geben.⁷⁷ Auf der Basis ihrer Gespräche in der Bundesrepublik und in den USA entwickelte Hamm-Brücher einen Katalog an Zielsetzungen und Maßnahmen. Höchste Priorität hatte die »Förderung des Interesses an deutsch-amerikanischen Fragen und die Heranbildung eines Stammes an derzeit fehlenden Deutschlandexperten« in den USA. Dieses Ziel war nur langfristig zu erreichen und setzte die Förderung einer geeigneten Infrastruktur ebenso voraus wie gezielte Anreize für amerikanische Schüler und Studierende, die deutsche Sprache zu erlernen.⁷⁸

Als »operative Sofortmaßnahmen« schlug Hamm-Brücher einen »wesentlich erweiterte[n] Jugendaustausch« vor, der auch die Jugendorganisationen der Parteien, Gewerkschaften und Studierendenorganisationen einschließen sollte, sowie Programme, die sich speziell an die »jungen Führungskräfte[n]« aus allen Bereichen richteten. Auch sollte die kulturelle und mediale Präsenz der Bundesrepublik in den USA verbessert werden, um ein angemessenes Bild der Bundesrepublik zu vermitteln. Darauf zielten auch die Vorschläge ab, die eine bessere »Ausstattung der Universitäten mit Lehr- und Informationsmaterial zur Deutschlandkunde – vor allem im Bereich der Nachkriegsgeschichte« anmahnten, um der Fokussierung auf die Zeit des Nationalsozialismus entgegenzuwirken.⁷⁹

Bei der weiteren Umsetzung stand zunächst der Vorschlag McCloy's im Raum, zwei prominente »Stand-by-Persönlichkeiten« zu gewinnen, die alle Aktivitäten im Bereich der deutsch-amerikanischen Beziehungen koordinieren sollten.⁸⁰ Das Auswärtige Amt stand diesem Vorschlag zunächst skeptisch gegenüber. Eine solche Maßnahme sei so ungewöhnlich, dass nun erst recht Spekulationen über den schlechten Stand der deutsch-amerikanischen Freundschaft hervorgerufen werden würden. Zudem könne Frankreich die Bestellung solcher Koordinatoren als Relativierung der deutsch-französischen Beziehungen empfinden.⁸¹ In den folgenden Monaten fühlte das Auswärtige Amt bei verschiedenen amerikanischen Gesprächspartnern vor, wie diese eine solche Koordinatorenstelle einschätzten.⁸² Im Dezember 1981 waren schließlich alle Widerstände überwunden: Die Bundesrepublik und die USA setzten »Koordinatoren für die deutsch-amerikanische zwi-schengesellschaftliche, kultur- und informationspolitische Zusammenarbeit« ein. In der Bundesrepublik übernahm Hildegard Hamm-Brücher dieses Amt, in den USA Lawrence Eagleburger.⁸³ In den kommenden Jahren fanden regelmäßige Treffen zwischen Hamm-Brücher und Eagleburger beziehungsweise deren Nachfolger Berndt von Staden und Richard Burt statt.

77 Vorlage zur Gesprächsführung für Hamm-Brücher, 29.10.1981, PA AA, B 32–204, Nr. 123313; AA, Ref. 204, an Genscher, 8.11.1981, ebd.

78 Ebd.; vgl. auch schon AA, Vermerk vom 28. April 1981, PA AA, B 32–204, Nr. 135173.

79 Hamm-Brücher, Vorschläge für operative Sofortmaßnahmen zur Intensivierung der deutsch-amerikanischen Beziehungen, 11.11.1981, PA AA, B 32–204, Nr. 123313.

80 Hermes an AA, 28.11.1980, PA AA, B 32–204, Nr. 115940.

81 AA, Ref. 204, an Genscher, 3.12.1980, PA AA, B 32–204, Nr. 115940. Gerade die engen Konsultationen zwischen der Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien, denen weniger ausgeprägte deutsch-amerikanische Besprechungen gegenüberständen, hatte McCloy jedoch bemängelt. Hermes an AA, 23.12.1980, PA AA, B 32–204, Nr. 123313.

82 AA, Ref. 204, an Staatssekretär [van Well], 20.10.1981, PA AA, B 32, Nr. 123313; Schenk an Genscher, 1.12.1980, PA AA, B 32, Nr. 115940.

83 Genscher an Arbeitseinheiten AA, alle diplomatischen und berufskonsularischen Vertretungen [Dezember 1981], PA AA, B 32–204, Nr. 135173.

Das Auswärtige Amt richtete eine ständige Arbeitsgruppe sowie einen Arbeitskreis USA ein, der koordinierende und beratende Funktionen übernehmen sollte.⁸⁴ Er umfasste nicht nur Mitarbeiter der Bundesministerien, sondern auch Vertreter der Länder, des Bundestags, politischer und privater Stiftungen sowie der Wirtschaft, der Industrie, der Medien, von Mittlervereinigungen, von Universitäten, der Frauenverbände und der deutsch-amerikanischen Organisationen.⁸⁵ Die Aufgabenbereiche wurden auf vier Arbeitskreise verteilt, die sich mit medien- und informationspolitischen Fragen, der Betreuung von Amerikanern in Deutschland (vornehmlich in der Bundesrepublik stationierte US-Truppen), der Vor- und Nachbetreuung von Austauschteilnehmern sowie dem Austausch junger Berufstätiger befassten.⁸⁶ Von vornherein war klar, dass die Initiativen zur Verbesserung der deutsch-amerikanischen Beziehungen auf einer breiten politischen und gesellschaftlichen Grundlage stehen mussten.

In der Öffentlichkeit gab es wenig Zweifel, dass die deutsch-amerikanischen Beziehungen einer Verbesserung bedurften. Vertreter verschiedener Organisationen und Institutionen begrüßten die Einsetzung der Koordinatoren, baten um Hilfe oder boten ihre Unterstützung an, etwa der Deutsche Städte- und Gemeindebund, die Jungen Liberalen oder die Westdeutsche Rektorenkonferenz.⁸⁷ Hildegard Hamm-Brücher berichtete in der Kabinettsitzung vom 10. Januar 1982 von einem sehr positiven Echo und »Hunderte[n] von Briefen«, die sie erreicht hätten.⁸⁸ Die Presse reagierte verhaltener. Auch hier herrschte die Meinung vor, die Anstrengungen seien durchaus angebracht. Doch schien fraglich, »ob sich Uncle Sam und Michel Deutsch tatsächlich deshalb die Hände reichen, weil ein Unterstaatssekretär ein entsprechendes Papier ausgefertigt hat.«⁸⁹ Die Frankfurter Rundschau bemängelte, »der Mission Frau Hamm-Brüchers [hafte] letztlich etwas Vages an«, und das Handelsblatt konstatierte: »Ein deutsch-amerikanisches Jugendwerk oder verstärkte Austauschprogramme sind unsichere Vehikel einer neuen Aufklärung.«⁹⁰

Seitens der Politik war der Einsatz für engere transatlantische Kontakte von einem parteiübergreifenden Konsens getragen. Zwar gab es auch in diesem Kontext immer wieder parteipolitische motivierte Auseinandersetzungen, etwa Versuche von CDU-Politikern, die SPD als antiamerikanische, neutralistische Partei darzustellen⁹¹, und auch eine von Hildegard Hamm-Brücher 1981 forcierte Kooperation der politischen Stiftungen scheiterte an deren Vorbehalten, eine gemeinsame Veranstaltung sei nicht glaubwürdig.⁹² Letztlich lagen die Ziele und Vorstellungen der Parteien jedoch eng beieinander, wie etwa die Anträge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie der SPD- und FDP-Bundestagsfraktion zu den kulturellen Beziehungen mit den USA im Frühjahr 1982 zeigten. Hier ging es darum, als engagierter Förderer der deutsch-amerikanischen Beziehungen zu gelten,

84 AA, Kabinettsvorlage, 11.12.1981, PA AA, B 32–204, Nr. 135173.

85 Protokoll der Sitzung des Arbeitskreises USA, 25.3.1982, PA AA, B 32–204, Nr. 135173.

86 Ebd.

87 Mombauer an Hamm-Brücher, 14.1.1982, PA AA, B 32–204, Nr. 135173. Vgl. auch die Schreiben zu potenziellen Vortragsreisenden in die USA, ebd., Nr. 135174, sowie die umfangreiche Sammlung von Schreiben an Hamm-Brücher, ebd., Nr. 135178 bis 135186.

88 Sprechzettel Hamm-Brücher für die Sitzung am 10. Februar 1982, PA AA, B 32–204, Nr. 135173.

89 Jochen Stumm, Dünnbrettbohrer, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 15.11.1981.

90 Gerd Janssen, Suche nach der blauen Blume, in: Handelsblatt, 14.1.1981; Horst Schreitter-Schwarzfeld, Mission mit vagem Ausgang, in: Frankfurter Rundschau, 5.11.1981.

91 Pressedienst der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, 6.4.1982, PA AA, B 32–204, Nr. 135176.

92 Protokolle der Besprechungen mit den Vertretern der politischen Stiftungen vom 4. Mai 1981 und vom 3. August 1981, beide: PA AA, B 32–204, Nr. 135176; Heck an Hamm-Brücher, 28.8.1981, ebd.; Nau an Hamm-Brücher, 31.8.1981, ebd.; Pirkel an Hamm-Brücher, 31.10.1981, ebd. Grundsätzlich befürworteten jedoch alle Stiftungen gesteigerte Aktivitäten auf dem Feld der deutsch-amerikanischen Beziehungen und waren hier selbst sehr aktiv.

nicht um unterschiedliche Ideen oder Forderungen.⁹³ Nicht zuletzt zeigte der reibungslose Übergang der unter Bundeskanzler Helmut Schmidt begonnenen und unter Helmut Kohl und mit Berndt von Staden fortgesetzten Initiativen, dass es sich hierbei um ein Anliegen aller Parteien handelte. Allein die Grünen, seit 1983 im Bundestag vertreten, trugen diesen Konsens nicht mit und beteiligten sich beispielsweise nicht an dem Aushängeschild der neuen transatlantischen Initiativen, dem Parlamentarischen Patenschaftsprogramm.⁹⁴

IV. »MORALISCHE AUFRÜSTUNG« IM BÜNDNIS: PROGRAMME UND INITIATIVEN

Mit dem Koordinatorenamt war kein eigenes Budget verbunden. Vielmehr ging es darum, eine Anlaufstelle zu schaffen, die bestehende Programme koordinieren und künftige Initiativen anregen sollte. So begann das Auswärtige Amt, ein Verzeichnis aller Organisationen und Institutionen zusammenzustellen, die im Bereich der deutsch-amerikanischen Beziehungen tätig waren, und schuf damit erst eine Übersicht für sich und andere über das Ausmaß der bestehenden Aktivitäten.⁹⁵ Die Jahresberichte der Koordinatoren zeigen nur Ausschnitte eines breiten Spektrums an Aktivitäten, an denen eine Vielzahl von Ministerien, Stiftungen, öffentlichen und privaten Organisationen sowie Privatpersonen beteiligt war.⁹⁶

Zum Teil handelte es sich um Initiativen, die bereits seit Jahren oder Jahrzehnten bestanden. Durch die Einsetzung der Koordinatoren entstand nun ein gemeinsamer Rahmen, in den all diese unterschiedlichen Projekte gestellt wurden und der ihnen Sichtbarkeit verlieh. Die Koordinatoreninitiative vereinnahmte neue wie auch bestehende Programme (in unterschiedlichem Ausmaß) und stellte sie in den Zusammenhang der politischen Zielsetzung, sich für eine Koordinierung und Intensivierung der deutsch-amerikanischen Kontakte einzusetzen. Im Folgenden werden exemplarisch einige neue Projekte vorgestellt, die jeweils für besondere Schwerpunkte in den westdeutschen Zielsetzungen stehen.

Austauschprogramme bildeten einen zentralen Schwerpunkt der neuen Initiativen.⁹⁷ Dabei ging es nicht nur um den Ausbau und die bessere Koordinierung, Vor- und Nachbereitung bereits bestehender Programme, sondern auch um prestigeträchtige Initiativen und die gezielte Einbeziehung neuer Zielgruppen. Erste Ideen zum Parlamentarischen Patenschaftsprogramm (PPP, in den USA »Congress – Bundestag Youth Exchange«) entstanden bereits bei Hildegard Hamm-Brüchers USA-Besuch im November 1981 im Gespräch mit dem republikanischen Senator John Heinz, dessen Familie deutsche Wurzeln hatte und dem sowohl die »successor generation«-Frage als auch die deutsch-amerikanischen Beziehungen ein Anliegen waren.⁹⁸

93 Deutscher Bundestag, 9. Wahlperiode, Drucksache 9/1498, 25.3.1982, Antrag der CDU/CSU-Fraktion; Informationen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, 6.4.1982, PA AA, B 32–204, Nr. 135176; Gansel an Hamm-Brücher, 29.4.1982, PA AA, B 32–204, Nr. 135176.

94 Dexheimer an von Staden, 6.11.1984, PA AA, B 32–204, Nr. 135199.

95 Daraus entstanden die Broschüren »Wege in die USA« und das »Adressbuch der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit«. Vgl. Auswärtiges Amt (Hrsg.), Austausch über den Atlantik. Bericht des Koordinators für die deutsch-amerikanische zwischengesellschaftliche, kultur- und informationspolitische Zusammenarbeit, Bonn [1984], S. 5.

96 Vgl. die Berichte »Austausch über den Atlantik«, hrsg. v. Auswärtigen Amt, für die Jahre 1983 bis 1985, Bonn [1984–1986].

97 Von amerikanischer Seite aus waren die Initiativen in breitere Anstrengungen eingebettet, Austauschprogramme mit den Bündnispartnern auszubauen. So initiierte Ronald Reagan im Vorfeld des Versailler Wirtschaftsgipfels die Youth Exchange Initiative als neues Austauschprogramm zwischen den Teilnehmerstaaten des Gipfels, also den USA, der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und Kanada. Hierzu: Bericht über die Ergebnisse des Gesprächs Hamm-Brücher mit Wick, 8.9.1982, PA AA, B 32–204, Nr. 135176.

98 ACUS, Protokoll der Successor Generation Working Group, 5.10.1981, PA AA, B 32–204, Nr. 123313; Botschaft Washington an AA, 11.1.1982, ebd., Nr. 135173; Heinz an Hamm-Brücher, 26.3.1982, ebd., Nr. 135176.

Im Gegensatz zu etlichen der bisher existierenden Programme, die überwiegend von deutscher Seite finanziert wurden, basierte das PPP auf Wechselseitigkeit: Jeder Bundestags- beziehungsweise Kongressabgeordnete sollte die Patenschaft für einen Austausch-kandidaten aus seinem Wahlkreis übernehmen, der dann ein Stipendium für einen ein-jährigen Aufenthalt im jeweils anderen Land erhielt. Dabei richtete sich das PPP nicht an Studierende, sondern an Schüler nach dem Abschluss der 10. Klasse oder mit Hauptschul-abschluss und auch an junge Berufstätige. Diese Gruppe verstärkt einzubeziehen, war ein echtes Anliegen der deutschen Seite.⁹⁹ Beide Parlamente stimmten der Einrichtung eines solchen Programms zu, das »der jungen Generation in beiden Ländern die Bedeutung von freundschaftlicher Zusammenarbeit, die auf gemeinsamen politischen und kulturellen Wertvorstellungen beruht, [...] vermitteln« wollte.¹⁰⁰

Dem PPP kam eine hohe symbolpolitische Bedeutung zu. So setzten sich das Auswärtige Amt, Hildegard Hamm-Brücher und Senator Heinz dafür ein, Bundespräsident Karl Carstens (auch er übrigens ein früherer Austausch Teilnehmer¹⁰¹) und Präsident Reagan zu gewinnen, das Programm prestigeträchtig in Philadelphia bei der Auftaktveranstaltung zum »Tricentennial«, den Feierlichkeiten anlässlich der 300-jährigen Geschichte deutscher Auswanderung in die USA seit dem Jahr 1683, zu verkünden.¹⁰² Im Oktober 1983 stellten die beiden Staatsoberhäupter das Programm in Philadelphia vor und im Herbst 1984 reisten die ersten Austausch Teilnehmer in die USA beziehungsweise die Bundesrepublik.¹⁰³ Beide Regierungen waren bereit, hier kurzfristig große Summen zu investieren. Bundestag und Fraktionen stellten 1984/85 knapp vier Millionen D-Mark bereit, der Kongress etwa zwei-einhalb Millionen US-Dollar. Mit dem Ausbau des Programms stiegen die Kosten noch.¹⁰⁴

Mit dem PPP sollten Jugendliche für das jeweils andere Land interessiert, aber auch die Kontakte zwischen den Parlamentariern verstärkt werden.¹⁰⁵ Insbesondere die Bundesregierung strebte an, »Kongressmitglieder für die Bundesrepublik Deutschland [zu] interessieren« und so die mangelnde »Tradition internationalen Austauschs« der »wenig international ausgerichteten« amerikanischen Parlamentarier zumindest ein Stück weit aufzubrechen.¹⁰⁶ Dieses Ziel verfolgte auch die am 30. September 1981 gegründete deutsch-amerikanische Parlamentariergruppe unter ihrem ersten Vorsitzenden Peter Manning (SPD).¹⁰⁷ Sie strebte unter anderem an, ein amerikanisches Gegenstück zu initiieren: Kongressabgeordnete, die

99 Protokoll der Sitzung des Arbeitskreises USA, 25.3.1982, PA AA, B 32–204, Nr. 135173. Allerdings erwies sich dieser Teil des Programms als besonders schwer umsetzbar. Zu den Problemen: AA, Vermerk vom 7. November 1984, ebd., Nr. 135199; Nase an von Staden, 25.9.1984, ebd., Nr. 135202.

100 Bundestag, Kommission des Ältestenrats für den Deutsch-Amerikanischen Jugendaustausch, 2.9.1983, PA AA, B 32–204, Nr. 135199; Bundestagspräsident Barzel an alle Mitglieder des Deutschen Bundestags, 8.9.1983, ebd.

101 Karl Carstens, Cordial Bonds between Germany and America. Rede anlässlich des Abendessens gegeben von Ronald Reagan, 4.10.1983, abgedr. in: German Information Office (Hrsg.), Statements and Speeches, Bd. VI, Nr. 15, New York [1983].

102 Heinz an Hamm-Brücher, 26.3.1982, PA AA, B 32–204, Nr. 135176; Vermerk [1982], ebd.; von Braunnmühl an Staatssekretär [von Staden], 29.6.1983, ebd., Nr. 135214.

103 Zur Zusammensetzung der Teilnehmergruppe sowie zur Parteizugehörigkeit der Paten vgl. den Sachstandsbericht über das PPP und den Mitarbeiteraustausch, 5.11.1984, PA AA, B 32–204, Nr. 135199.

104 Sachstandsbericht Austausch Parlamentsassistenten, 28.2.1984, PA AA, B 32–204, Nr. 135202.

105 Dies war von Beginn an ein Anliegen des Auswärtigen Amts. Hermes an AA, 28.11.1980, PA AA, B 32–204, Nr. 115940; AA an Genscher, 3.12.1980, ebd.; AA an Genscher, 8.11.1981, ebd., Nr. 123313.

106 Vermerk vom 7. November 1984, PA AA, B 32–204, Nr. 135199; Sprechzettel, 26.2.1982, ebd., Nr. 135173.

107 Peter Schindler, Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949–1999, Bd. 3, Baden-Baden 1999, S. 3608.

sich über deutschlandbezogene Themen austauschten.¹⁰⁸ 1983 startete dann ein Mitarbeiteraustausch zwischen Bundestag und Kongress, der 1984 auch auf den Bundesrat ausgeweitet wurde. Mitarbeiter der beiden Abgeordneten Häuser waren im Rahmen des »staffer«-, also Mitarbeiter-Programms für rund zwei Wochen zu Gast im jeweils anderen Parlament.¹⁰⁹

Große Initiative zeigten zwei Mitglieder des Berliner Abgeordneten Hauses, die 1982 die »Partnerschaft der Parlamente« ins Leben riefen. Alexander Longolius (SPD) und Jürgen Adler (CDU) wollten damit die Beziehungen auf Länderebene stärken und Berlin mit seiner hohen symbolpolitischen Bedeutung im Kalten Krieg als Kontaktort stärken. Ihre Ziele glichen denen der Bundesebene: die Förderung des Jugendaustauschs, eine Überarbeitung der Lehrpläne und Schulbücher in beiden Staaten, die Förderung des Deutschunterrichts in den USA sowie bessere Kontakte zwischen den Bundesbürgern und den in Westdeutschland stationierten US-Truppen. Ein mehrmals jährlich erscheinender Rundbrief sollte die Mitglieder des Vereins, also deutsche und amerikanische Abgeordnete, über die jeweiligen Aktivitäten unterrichten und Anregungen geben.¹¹⁰

Entstanden war die Idee bei der deutsch-amerikanischen Parlamentarierkonferenz in Berlin im Frühjahr 1982, deren institutionalisierte Fortsetzung Longolius und Adler anstrebten. 1983 reiste eine Gruppe, zusammengesetzt aus je einem Abgeordneten jedes westdeutschen Landtags, auf Einladung der US-Regierung und des »American Council of Young Political Leaders« in die USA und besuchte dort verschiedene Städte.¹¹¹ In den folgenden Jahren setzten sich die wechselseitigen Besuche fort. Deutscherseits überwiegend von den Bundesländern gestaltet, unterstützte auch der Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, seit Ende 1982 Berndt von Staden, dieses Netzwerk als wichtiges Element zur Förderung der transatlantischen Verbindungen.¹¹²

Besondere Schubkraft erhielten viele der neu gestarteten Initiativen im Jahr 1983, durch das bereits erwähnte »Tricentennial«. Vom Kongress zum »Tricentennial Year of German Settlement in the United States« erklärt¹¹³, nutzten Deutsche und Amerikaner das Jubiläum, um öffentlichkeitswirksam auf die vielfältigen Verbindungslinien und wechselseitigen Einflüsse hinzuweisen. Vor dem Hintergrund der »successor generation«-Debatten verknüpften Akteure auf beiden Seiten des Atlantiks das Fest mit ihrer Interpretation des deutsch-amerikanischen Verhältnisses, wie die Inszenierung des PPP zeigte. Die Feierlichkeiten sollten damit eine spezifische Symbolkraft gewinnen.

Reagan rief eine »Presidential Commission for the German-American Tricentennial« ins Leben, der etwa 40 hochrangige Mitglieder aus Politik, Verwaltung, Industrie und Gesellschaft angehörten. Vorsitzender war Charles Z. Wick, Direktor der USIA und enger Vertrauter Reagans, der verantwortlich für das »Project Truth« war und dessen Behörde sich stark in der »successor generation«-Frage engagierte. Auch andere Mitglieder und externe Teilnehmer an den Sitzungen der Kommission gehörten zu den Protagonisten der Debatten um die Nachfolgeneration, etwa John McCloy, Kenneth Rush, Arthur Burns oder Hans N. Tuch, der Public Affairs Officer der USIA in Bonn.¹¹⁴

108 Ergebnisvermerk Gespräch Hamm-Brücher mit deutsch-amerikanischer Parlamentariergruppe, 9.2.1982, PA AA, B 32–204, Nr. 135176; Botschaft Washington an AA, 6.4.1982, ebd., Nr. 135173. Der Austausch erwies sich jedoch als schwierig, vgl. ebd.

109 Sachstandsbericht über das PPP und den Mitarbeiteraustausch, 5.11.1984, PA AA, B 32–204, Nr. 135199.

110 Initiative Berliner Abgeordneter für bessere Kontakte zu den USA, in: Tagesspiegel, 2.6.1982.

111 Longolius an von Staden, 12.12.1983, PA AA, B 32–204, Nr. 135202.

112 Vermerk vom 12. Januar 1984, PA AA, B 32–204, Nr. 135202; Longolius an von Staden, 6.6.1984, ebd.

113 Für den Text der Resolution vgl. German-American Tricentennial Newsletter Nr. 1, o. D., NARA, HC, Subject Files 1953–2000, Box 196.

114 Teilnehmerlisten und Tagesordnungen der Presidential Commission, 21.10.1982 und 15.11.1982, beide: NARA, HC, Subject Files, Box 196.

Aufgabe der Kommission war es, das politische und gesellschaftliche Engagement für das »Tricentennial« zu fördern und Koordinierungsaufgaben für ein Programm zu übernehmen, das sich über ein ganzes Jahr und einen ganzen Kontinent erstreckte und Veranstaltungen von Ausstellungen und Kolloquien über Feste und Radioprogramme bis hin zu Konzerten und Theateraufführungen umfasste.¹¹⁵ Hinzu kamen Initiativen wie der deutsch-amerikanische Freundschaftsgarten in der Nähe des Washington Monument, der als dauerhaftes Zeugnis des Jubiläums und der deutsch-amerikanischen Beziehungen bestehen bleiben sollte und 1988 eröffnet wurde, oder eine gemeinsam von der Bundespost und dem US Postal Service herausgegebene Gedenkbriefmarke.¹¹⁶

Das Jahr 1983 stand indes nicht nur im Zeichen der deutsch-amerikanischen Feierlichkeiten, sondern war auch eine Hochphase der Proteste der Friedensbewegung gegen den Nachrüstungsbeschluss. Hunderttausende gingen in der Bundesrepublik auf die Straße. Höhepunkte waren die Friedensdemonstration am 22. Oktober 1983, bei der sich eine halbe Million Menschen im Bonner Hofgarten versammelten, und die über hundert Kilometer lange Menschenkette zwischen Stuttgart und Neu-Ulm einen Tag später. Immer wieder entstanden daraus fast absurd anmutende Situationen, die auch in der Presse kritisch kommentiert wurden: Während einerseits Bundespräsident Karl Carstens anlässlich des »Tricentennial« in Philadelphia weilte und deutsch-amerikanische Verbundenheit zelebrierte, so berichtete der SPIEGEL, protestierten nebenan deutsche und amerikanische Nachrüstungsgegner, darunter prominente Mitglieder der SPD und der Grünen.¹¹⁷ »Ist Partnerschaft die Begegnung zweier Präsidenten, ist es das Staatsbankett«, fragte der SPIEGEL, »oder ist es der gemeinsame Protest von Eppler, [...] Petra Kelly und Gert Bastian, die zusammen mit rund 12.000 Amerikanern in den Straßen von Philadelphia gegen die Nachrüstung demonstrieren?« Strittig bleibe, wer hier die Mehrheit und wer die Minderheit der deutschen Bevölkerung vertrete.

Auch beim Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten George Bush in Krefeld, von wo aus die ersten deutschen Auswanderer 1683 nach Amerika aufgebrochen waren, liefen die Feierlichkeiten zum »Tricentennial« und zur deutsch-amerikanischen Verbundenheit parallel zu Protestveranstaltungen. Bei der Fahrt Bushs und des Bundespräsidenten durch die Stadt kam es zu schweren Auseinandersetzungen, als Vertreter der Autonomen und antiimperialistischer Gruppen den Konvoi angriffen, mit Steinen bewarfen und sich gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Polizei lieferten.¹¹⁸ Der Germanist Frank Trommler konstatierte 1986 in einem von ihm herausgegebenen Buch zur 300-jährigen Beziehungsgeschichte zwischen Deutschland und den USA, es seien »ironischerweise [...] gerade die Demonstration gegen den Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten George Bush [...] gewesen, die die breitere Öffentlichkeit in beiden Ländern erst auf das Tricentennial aufmerksam machte«.¹¹⁹ So wirkte das Jubiläum ambivalent. Es gab Gelegenheit,

115 Eine umfangreiche, jedoch vermutlich bei Weitem nicht vollständige Liste mit Veranstaltungen in den USA und in der Bundesrepublik (undatiert) findet sich in: PA AA, B 32–204, Nr. 135214.

116 Frank Trommler, Einleitung, in: *ders.* (Hrsg.), *Amerika und die Deutschen*. Bestandsaufnahme einer 300jährigen Geschichte, Opladen 1986, S. 3–16, hier: S. 9 f. Der Garten wurde allerdings bald vernachlässigt. Peter Hermes, der sich sehr für ihn eingesetzt hatte, berichtete über dessen »völlig verwahrloste[n] Zustand«. *Hermes*, *Meine Zeitgeschichte*, S. 285.

117 Hier und im Folgenden: Klaus Wirtgen, *Deutsche Eiche im Freundschaftsgarten*, in: *Der SPIEGEL*, 10.10.1983; ähnlich auch Theo Sommer, *Falsches Pathos beim Familienfest*, in: *Die ZEIT*, 14.10.1983.

118 Die Friedensbewegung distanzierte sich von diesen gewalttätigen Protesten. Sebastian Haunss, *Antiimperialismus und Autonomie – Linksradikalismus seit der Studentenbewegung*, in: *Roth/Rucht*, *Die sozialen Bewegungen*, S. 447–473, hier: S. 458. Hierzu auch Peter Hermes, *Kommentar*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 14, 2007, S. 302–306, hier: S. 304f.

119 Trommler, *Einleitung*, S. 10.

die deutsch-amerikanische Freundschaft bildmächtig zu inszenieren. Gleichzeitig bot es Gelegenheit, die Differenzen zwischen den beiden Ländern verstärkt zu thematisieren, die Freundschaftsrhetorik mit der Realität abzugleichen, und es legitimierte damit die Anstrengungen zur Verbesserung dieses Verhältnisses und die eigene Außenpolitik.

Das bundesdeutsche Fazit fiel gespalten aus. Einerseits war das Interesse der Bundesregierung an den Feierlichkeiten groß. Zwar galt das »Tricentennial« als ein Jubiläum der Deutschamerikaner und somit als Sache der USA, in der deutsche Aktivitäten eher unterstützend und ergänzend wirkten, doch engagierte sich die Bundesrepublik finanziell in nicht unbeträchtlichem Maße, und in Westdeutschland fanden zahlreiche Veranstaltungen unter dem Signum »Tricentennial« statt.¹²⁰ Andererseits schätzte die Botschaft der Bundesrepublik in den USA die dauerhaften Auswirkungen der Feierlichkeiten als eher gering ein. Nur fest institutionalisierte Programme wie das PPP versprächen dauerhaften Erfolg. Immerhin: Zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs habe einmal nicht der Nationalsozialismus im Mittelpunkt gestanden, wenn es um Deutschland gehe.¹²¹

Damit war ein weiterer wichtiger Aspekt der deutsch-amerikanischen »successor generation«-Initiativen angesprochen. Beide Staaten strebten an, das über die Schulen, Universitäten und die Medien vermittelte Bild der eigenen Geschichte im jeweils anderen Land zu korrigieren. In der Bundesrepublik bezog sich diese Forderung primär auf die Reduzierung der deutschen Geschichte auf den Nationalsozialismus und den Holocaust.¹²² Bei dem Versuch, diese als unangemessen empfundene »einseitige Fixierung« zu überwinden, befürwortete das Auswärtige Amt auch eine stärkere Einbindung amerikanisch-jüdischer Organisationen in die Arbeit der Koordinatoren.¹²³ Im Zentrum stand jedoch die Frage, wie amerikanischen Studierenden ein umfassendes historisches Deutschlandbild vermittelt werden könne. Solange es keine englischsprachige Darstellung der Geschichte der Bundesrepublik gebe, sei dies kaum möglich, lautete das Fazit eines Treffens zwischen Hildegard Hamm-Brücher und Wissenschaftlern angesehener Universitäten.¹²⁴ Wenig später berichtete Botschafter Hermes, der Yale-Historiker Henry A. Turner, der auch an dem Gespräch mit Hamm-Brücher teilgenommen hatte, sei bereit, eine »History of the Federal Republic of Germany« zu verfassen. Er empfahl, dieses Projekt zu fördern, womit die Bundesregierung einverstanden war.¹²⁵ 1987 erschien schließlich das Buch »The Two Germanies Since 1945«, gefördert von der Robert Bosch Stiftung – wofür sich Hildegard Hamm-Brücher eingesetzt hatte – und dem Wissenschaftskolleg zu Berlin.¹²⁶

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Überarbeitung von Unterrichtsmaterialien. 1979 hatte bereits die deutsch-amerikanische Schulbuchkommission ihre Arbeit nach über 20 Jahren Pause wieder aufgenommen. Die vom Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung und der USIA gebildete Kommission entwickelte Empfehlungen zur Darstellung der amerikanischen beziehungsweise der deutschen Geschichte nach 1945 in

120 Botschaft Washington an AA, 19.12.1983, PA AA, B 32–204, Nr. 135187; Auflistung 300-Jahrfeiern [1983], ebd., Nr. 135214.

121 Botschaft Washington an AA, 19.12.1983, PA AA, B 32–204, Nr. 135187.

122 AA an Genscher, 8.11.1981, PA AA, B 32–204, Nr. 123313. Vgl. auch den Beitrag von Jacob S. Eder in diesem Band.

123 Botschaft Washington an AA, 18.4.1983, PA AA, B 32–204, Nr. 135189; Gesprächsführungsvorschlag Bassewitz an Staatssekretär [von Staden], 25.8.1983, ebd.

124 Generalkonsulat Boston an AA, 9.11.1981, PA AA, B 32–204, Nr. 123313.

125 Hermes an AA, 17.12.1981, PA AA, B 32–204, Nr. 135176; Bundespresseamt an AA, 13.1.1982, ebd.

126 *Henry A. Turner, The Two Germanies since 1945*, New Haven, CT 1987. Von Anfang an war klar, dass die Finanzierung über eine Stiftung einer amtlichen Förderung vorzuziehen sei. Hermes an AA, 17.12.1981, PA AA, B 32–204, Nr. 135176; Hamm-Brücher an Payer, 20.7.1982, ebd., Nr. 135184; Payer an Hamm-Brücher, 9.8.1982, ebd.

der Sekundarstufe II beziehungsweise im College.¹²⁷ An dieser Arbeit war den beiden Koordinatoren sowie der USIA sehr gelegen. Die USIA-Dependance in der Bundesrepublik beschrieb das westdeutsche Unterrichtsmaterial über die USA als »revisionist and ›problem-oriented‹, often distorted«, sodass Missverständnisse und Fehlwahrnehmungen vorprogrammiert seien.¹²⁸ Die Materialien seien tendenziös, veraltet und inakkurat, zudem voller Fehlinterpretationen der amerikanischen Gesellschaft.¹²⁹ Auf deutscher Seite bemängelte Hildegard Hamm-Brücher, aktuelle Unterrichtsmaterialien seien voll von »shocking stereotypes« über beide Gesellschaften.¹³⁰

Zu den Anstrengungen, das Deutschlandbild in den USA zu verändern und die Bundesrepublik als prosperierende, stabile Demokratie zu zeigen, gehörte auch der Ausbau der bundesdeutschen Präsenz in den USA. Im Zentrum standen der Ausbau der Goethe-Institute sowie Versuche, stärker in den amerikanischen Medien präsent zu sein. Bereits wenige Wochen nach der Einsetzung der Koordinatoren reiste Ministerialdirigent Martin Elsaesser im Auftrag des Auswärtigen Amtes für eine sechswöchige Inspektionsreise in die USA, bei der er die deutschen Vertretungen in den USA sowie die Goethe-Institute besuchte.¹³¹ Er kritisierte insbesondere die unterentwickelte Pressearbeit, das »Hinterland« liege brach. Nötig seien mehr Personal sowie größere Reise-, Medien- und Kommunikationsbudgets. Vor allem im bisher vernachlässigten Westen der USA müsse die Bundesrepublik viel präsenter sein. Damit entsprach der Bericht in vielen Punkten den Forderungen, die Hildegard Hamm-Brücher bereits 1981 formuliert hatte.¹³²

Tatsächlich eröffneten zwischen 1982 und 1986 fünf Dependancen des Goethe-Instituts im Westen und im Landesinneren der USA: Los Angeles, St. Louis, Seattle, Ann Arbor und Cincinnati.¹³³ Präsenz zeigte die Bundesrepublik auch durch die Gründung des Deutschen Historischen Instituts in Washington. Bei dessen Eröffnung 1987 verlieh der deutsche Botschafter in den USA, Jürgen Ruhfus, seiner Hoffnung Ausdruck, das Haus werde dazu beitragen, die Fehlinterpretationen der »successor generations« auf beiden Seiten des Atlantiks abzubauen.¹³⁴ Als problematisch erwiesen sich indes Versuche, die Bundesrepublik über das Fernsehen in den USA präsent zu halten und so die amerikanische Bevölkerung zu erreichen.¹³⁵

127 Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung (Hrsg.), *Die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika. Empfehlungen zur Behandlung ihrer Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg*, Braunschweig 1983.

128 USIS Germany, Country Plan FY 1982, S. 3, StadtAN, E 6/799, Nr. 676. Es wird nicht ersichtlich, welche Unterrichtsmaterialien der USIS für diese Bewertung herangezogen hat.

129 USIS Germany, Country Plan FY 1983, S. 3, StadtAN, E 6/799, Nr. 754. In diesen Urteilen spiegelte sich das neokonservative Gedankengut der frühen 1980er Jahre, das das kulturelle Erbe der liberalen 1960er Jahre ablehnte.

130 Rede Hamm-Brücher vor dem Düsseldorf Industrie Club, 28.1.1982, PA AA, B 32–204, Nr. 135173; Hamm-Brücher an Tuch, 24.11.1981, ebd., Nr. 135176.

131 Hier und im Folgenden: Elsaesser, Bericht Politische Öffentlichkeits- und Kulturarbeit, März 1982, PA AA, B 32–204, Nr. 135189.

132 Hamm-Brücher, Vermerk vom 11. November 1981, PA AA, B 32–204, Nr. 123313. Ähnlich dann auch die Forderungen der SPD- und der FDP-Bundestagsfraktionen; Gansel an Hamm-Brücher, 29.4.1982, ebd., Nr. 135176.

133 Goethe-Institut, *Jahrbuch 1982/83*, München 1983; Goethe-Institut, *Jahrbuch 1985/86*, München 1986.

134 Ansprache Jürgen Ruhfus, abgedr. in: *Bulletin of the German Historical Institute Washington*, D. C. 1988, Nr. 2, S. 9–10. Die Planungen für das Institut hatten allerdings eingesetzt, bevor die Debatte um die »Nachfolgegeneration« aufkam.

135 Anita M. Mallinckrodt, Medienberichterstattung über die Bundesrepublik in den USA, in: *APuZ* 1984, Nr. 29–30, S. 15–29; Auswärtiges Amt, Austausch über den Atlantik 1985, S. 12.

Flankiert wurden staatliche Initiativen dieser Art durch die Arbeit privater und öffentlicher Stiftungen und Organisationen. Die politischen Stiftungen setzten – meist verstärkt und mit Fokus auf die Neuorientierung der deutsch-amerikanischen Beziehungen – ihre teilweise langjährige Arbeit im transatlantischen Bereich fort.¹³⁶ Auch private Stiftungen begannen, sich hier zu engagieren oder verstärkten bestehende Aktivitäten. So finanzierte die Körber-Stiftung über Jahre hinweg ein Vortragsprogramm prominenter Politiker, Medienvertreter und Wissenschaftler im Westen der USA, initiierte ein Austauschprogramm für amerikanischen Führungsnachwuchs, das 1984 anlief, oder unterstützte ein Austauschprogramm der Atlantik-Brücke für amerikanische Journalisten.¹³⁷ Die VW-Stiftung startete zusammen mit der Studienstiftung des Deutschen Volkes das »McCloy Academic Scholarship Program« und förderte die German Studies an der Emory University in Atlanta.¹³⁸ Auch die Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung förderte Austauschprogramme.¹³⁹

Die hier vorgestellte knappe Auswahl solcher Projekte zeigt die Spannbreite sowie die Stoßrichtung des Engagements und umfasste viele weitere Projekte, die vom Austausch zwischen Postbeamten bis zu der Initiative »Ein Herz für USA« in Rheinland-Pfalz reichten.¹⁴⁰ Über ihre Wirkung im Sinne der Initiatoren lässt sich kaum etwas sagen. Die Beispiele zeigen jedoch, wie innerhalb kurzer Zeit ein Bedrohungsszenario entwickelt und beträchtliche Mittel eingesetzt wurden, um die befürchtete Entwicklung umzukehren oder zumindest aufzuhalten, und wie ein rhetorischer und organisatorischer Gesamtzusammenhang für neue sowie bestehende Projekte geschaffen wurde. Staatlich forcierte Programme versuchten, als gefährlich geltende gesellschaftliche Entwicklungen zu korrigieren und transnationale Beziehungen zwischen den beiden Gesellschaften zu stiften. Dabei griffen sie auf bestehende Akteure und Infrastrukturen zurück, schufen aber auch neue Verbindungslinien über den Atlantik.

V. RÜCKBESINNUNG ALS ZUKUNFTSSTRATEGIE?

Im Dreieck von amerikakritischen Protesten, dem Narrativ einer »successor generation«-Problematik und dem »Tricentennial« entstanden in der ersten Hälfte der 1980er Jahre auf beiden Seiten des Atlantiks ungezählte Initiativen, die auf eine Intensivierung der deutsch-amerikanischen Kontakte abzielten. Hinter diesem Engagement stand die Frage nach den Grundlagen und dem Zusammenhalt des westlichen Bündnisses sowie nach der Rolle der einzelnen Staaten darin. Auffällig sind die vielfältigen Bezugnahmen auf die Ursprünge dieses Bündnisses. Verweise auf dessen fast mythisch verklärte Anfangsjahre und seine historischen Protagonisten waren jedoch nur ein Element dieser Kontextualisierung. Mit dem Verweis auf generationell geprägte Wertewandelprozesse kehrten unter (neo)konservativem Vorzeichen außerdem rhetorische Versatzstücke wie »Freiheit«, »De-

136 Auswärtiges Amt, Austausch über den Atlantik 1983, 1984, 1985.

137 Als erste Vortragsreisende hatten zugesagt: Birgit Breuel (CDU), Hans Gresmann (SWF), Hans Heigert (Süddeutsche Zeitung), Richard Löwenthal, Paul Noack, Elisabeth Noelle-Neumann, Rolf Pauls (Botschafter a. D.), Jan Reifenberg (Frankfurter Allgemeine Zeitung), Kurt Sontheimer und Wendelgard von Staden. Hamm-Brücher, Tätigkeitsbericht vom Mai 1982, PA AA, B 32–204, Nr. 135173; Robert Bosch Stiftung an von Staden, 14.12.1984, ebd., Nr. 135213; Auswärtiges Amt, Austausch über den Atlantik 1985, S. 37f.

138 Häfner an von Staden, 17.12.1984, PA AA, B 32–204, Nr. 135213; Auswärtiges Amt, Austausch über den Atlantik 1985, S. 41f.

139 Ebd., S. 38f.

140 Rahmenvereinbarung zwischen dem United States Postal Service und der Deutschen Bundespost, 14.9.1982, PA AA, B 32–204, Nr. 135203; *Hansjürgen Doss*, Wir sind Freunde. Deutsche und Amerikaner, Mainz 1983.

mokratie« und »Menschenrechte« in den Diskurs zurück, die in den 1950er Jahren geholfen hatten, das westliche Bündnis als Wertegemeinschaft zu konstituieren.¹⁴¹ Die USA übernahmen nun erneut eine Rolle, in der sie »aktiv die amerikanisch interpretierten Werte des Westens propagierte und durchzusetzen suchte[n]«. ¹⁴² Da die Bundesrepublik sich mittlerweile vorbehaltlos als Teil dieser westlichen Wertegemeinschaft betrachtete, konnten die Verweise darauf zu einem gemeinschaftsstiftenden Element werden. Doch die Position der USA und der Bundesrepublik im westlichen Bündnis hatte sich seit den 1950er Jahren gewandelt. Westdeutschland strebte ein gleichberechtigtes, partnerschaftliches Verhältnis an – wenn auch unter dem Schutz und im Bewusstsein der sicherheitspolitischen Abhängigkeit von den USA. Die Rhetorik des Generationenwechsels, des Wertewandels und der deutsch-amerikanischen Freundschaft erlaubte es, den von beiden Seiten als überlebenswichtig beachteten Zusammenhang des ›Westens‹ herzustellen und unterschiedliche Vorstellungen bis zu einem gewissen Grad zu überbrücken und auch verschiedene gelagerte innen- und außenpolitische Ziele zu verfolgen.

Wie wichtig diese Überbrückungsfunktion war, zeigt der Generationentopos. Wenn »successor generation« und Friedensbewegung häufig im gleichen Atemzug genannt wurden, ignorierten die entsprechenden Akteure die Tatsache, dass eines der wichtigsten Kennzeichen dieser Protestbewegung gerade ihre generationenübergreifende Zusammensetzung war. Sie eignete sich daher zwar als Alarmsignal, um Defizite in den deutsch-amerikanischen Beziehungen sichtbar zu machen. Die Friedensbewegung als Beleg für die These einer »successor generation« heranzuziehen, ging jedoch an der Realität vorbei. Darüber hinaus erlaubte der Generationentopos eine mehr oder weniger offen artikuliert Abgrenzung von der 68er-Generation, deren Angehörige zu den Jahrgängen der »successor generation« zählten. Sie diente der Regierung Reagan wie auch den Regierungen Schmidt und Kohl – wenn auch politisch unterschiedlich gelagert – dazu, viele der als Fehlentwicklung eingeschätzten Veränderungen im In- und Ausland zu erklären.

Ein weiterer Bezug auf die 1950er Jahre lässt sich bei der Wahl der Mittel erkennen, mit denen die propagierte Krise überwunden werden sollte. Auch wenn Hildegard Hamm-Brücher betonte, Nostalgie könne nicht das Rezept zur Lösung der aktuellen Probleme sein¹⁴³, erlebten doch analog zur Stilisierung der Nachkriegsjahre auch die Methoden, die in den 1950er Jahren zur Festigung der Beziehungen beigetragen hatten, ein Comeback.¹⁴⁴ Austauschprogramme, Schulbuchkommissionen und Präsenz über Kulturinstitute gehörten schon damals zu den Instrumenten der amerikanischen Deutschlandpolitik, die nun von beiden Staaten zur Verbesserung der Kontakte eingesetzt wurden. Sie sollten wie über 30 Jahre zuvor ein tragfähiges Netzwerk über den Atlantik spannen helfen.

Die Bezugnahme auf die Nachkriegsjahre blieb nicht unwidersprochen. Der ZEIT-Chefredakteur Theo Sommer kritisierte 1983 die Rede von Bundespräsident Carstens anlässlich der »Tricentennial«-Feiern in Philadelphia:

»Der Bundespräsident trug nicht ohne Würde vor, was ihm seine Redenschreiber aufgeschrieben hatten, doch blieb es bei einem Sammelsurium der Dürftigkeiten. Sechzehn Millionen Care-Pakete

141 Michael Hochgeschwender, Was ist der Westen? Zur Ideengeschichte eines politischen Konstrukts, in: Historisch-Politische Mitteilungen 11, 2004, S. 1–30, hier: S. 4f.

142 Ebd., S. 26.

143 Protokoll der konstituierenden Sitzung des Arbeitskreises USA, 29.3.1982, PA AA, B 32–204, Nr. 135173. Vgl. auch Eagleburger, Das deutsch-amerikanische Verhältnis, S. 30.

144 Regelmäßig verwiesen deutsche und amerikanische Akteure schlagwortartig auf erfolgreiche Initiativen der Nachkriegszeit, etwa die deutsch-englischen Gespräche in Königswinter oder das Salzburg Seminar, das als »intellektueller Marshall-Plan« gedacht war. Vgl. Huntley an Achilles, 1.6.1979, Hoover Institution Archives, ACUS, Box 253; Hermes an AA, 28.11.1980, PA AA, B 32–204, Nr. 115940; Pechel an Hamm-Brücher, 11.12.1981, ebd., Nr. 135174; AA, Vermerk vom 3. Februar 1983, ebd., Nr. 135176.

nach dem Kriege für die hungernden Deutschen, drei Millionen Dollar Marshallplan-Hilfe für den Wiederaufbau, schließlich die Luftbrücke während der Berliner Blockade – all das wurde zu Recht gerühmt [...]. Aber das letzte historische Ereignis, das Karl Carstens in seinen Reden erwähnte, eben die Luftbrücke, liegt über drei Jahrzehnte zurück. Er tat, als wäre die Geschichte seitdem stillgestanden, als hätte sich inzwischen nicht vieles abgespielt, was das Buchsbaum-Pathos hätte dämpfen müssen.¹⁴⁵

Der rhetorische und praktische Rückgriff auf die unmittelbare Nachkriegszeit und die 1950er Jahre zeigte indes keinen Stillstand an, sondern rückte, so meine These, den seither gewonnenen zeitlichen Abstand ganz besonders stark ins Bewusstsein. Die Geschichte der Bundesrepublik und der deutsch-amerikanischen Freundschaft wurde zum Argument einer aktuellen Kontroverse und so in ihrer Historizität sichtbar. Das Narrativ der Nachfolgegeneration sowie die daraus erwachsenden Programme und Initiativen gehörten zu einem Prozess der Selbstverortung in einer Zeit, in der der Identitätsbegriff und Selbstfindungsprozesse Konjunktur hatten.¹⁴⁶ So wies bereits 1983 der Historiker Wolfgang J. Mommsen darauf hin, vielen Deutschen reiche »ein Staatsbewusstsein [...] provisorischer Art« nicht mehr; unmerklich sei ein eigenes Selbstbewusstsein der Bundesrepublik entstanden. Die »normative Zugehörigkeit« zum »westeuropäisch-amerikanischen Modell gesellschaftlicher Ordnung« werde als alleinige Orientierung hinterfragt.¹⁴⁷ Die Rückbesinnung auf die Anfangsjahre des transatlantischen Bündnisses stellte einen Gegenentwurf zu solchen Tendenzen dar, der aber ebenso von Identitätsfragen geleitet war.

Aus den Bezügen auf die späten 1940er und die 1950er Jahre konnten ganz unterschiedliche Folgerungen gezogen werden. Während die Vertreter des »successor generation«-Narrativs diese Anfangsjahre als Referenzpunkt zur Beschreibung eines (wieder) anzustrebenden Soll-Zustands verwendeten, konstatierte der 1938 aus Deutschland in die USA geflohene Historiker Fritz Stern im Rahmen des »Tricentennial«, »dass die neue Innigkeit 1945 zwischen dem großen Sieger Amerika und dem großen Verlierer Deutschland [...] in einer emotionalen, sentimentalischen Ausnahmesituation [begann], und dass seitdem unvermeidlicherweise der Alltag seinen Einzug gehalten« habe. Er folgerte: »Das Bündnis wird überleben, aber wir werden uns viel intensiver um seine Gesundheit kümmern müssen«.¹⁴⁸ So oder so: Ein Nachdenken über die Definition und Vermittlung des Selbst- und Fremdbilds sowie über die Orientierungspunkte der Bundesrepublik erforderte das neue Geschichtsbewusstsein in jedem Fall.

145 Sommer, Falsches Pathos.

146 Wirsching, Abschied vom Provisorium, S. 466–472.

147 Wolfgang J. Mommsen, Wandlungen der nationalen Identität, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Die Identität der Deutschen, Bonn 1983, S. 170–192, hier: S. 180 und 182.

148 Zit. nach: Sommer, Falsches Pathos.

